

Neueste Nachrichten

Zugleich Gonzenheimer, Oberstedten-Dornholzhausener, Seulberger, Friedrichsdorf-Köpperner Neueste Nachrichten - Taunuspost

Bezugspreis: 1.50 RM. monatlich ausschließlich Trägerlohn. Erscheint werktäglich. — Bei Ausfall der Lieferung ohne Verschulden des Verlags oder infolge von höherer Gewalt, Streit etc. kein Anspruch auf Entschädigung. Für unverlangt eingelangte Zuschriften übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr. — Einzelnummern: 10 Pf.

Preisanzeiger für den Obertaunuskreis

Bad Somburger Tageszeitung und Anzeiger
Bad Somburger Lokal- und Fremden-Blatt

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Bad Homburg, Dorotheenstraße 24

Anzeigenpreis: Die einseitige 30 mm breite Nonpareilzeile kostet 20 Bg. Lokale Gelegenheitsanzeigen nach besonderem Tarif. — Die 88 mm breite Nonpareil-Necklamenzeile kostet 1.—, zwischen Text 1.50 RM. — Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen nach Möglichkeit ohne Gebühr. — Offertgebühr 50 Bg.

Postfachkonto 398 64 Frankfurt/M.

Nummer 29

Donnerstag, den 4. Februar 1932

7. Jahrgang

Die Chinesen wehren sich Neue Kämpfe in Schanghai — Will Japan einlenken.

Schanghai, 4. Februar.

Die Japaner unternahmen einen neuen Angriff auf die Vorstadt Chapei. Es wurden schwere Artillerie und Bombenflugzeuge eingesetzt. Die Chinesen leisteten heftigen Widerstand und haben sich bisher in ihren Stellungen halten können. An mehreren Stellen sind erneut Brände entstanden. Mehrere Granaten und Schrapnelle richteten in der internationalen Niederlassung Schaden an. Drei Ausländer wurden verletzt.

Der Erfolg des japanischen Angriffs ist infolge des ungeheueren jähren chinesischen Widerstandes sehr gering. Die Japaner haben lediglich die vordersten chinesischen Gräben an der Grenze des Hongliu-Quartiers gestürmt. Der größte Teil von Chapei ist nach wie vor im Besitze der Chinesen. In den japanischen Stellungen richtete das chinesische Artilleriefeuer großen Schaden an. Hunderte von Häusern, darunter auch der Sitz des japanischen Hauptquartiers, sind schwer beschädigt worden. Die Straßen wurden auf weite Strecken durch Granateinschläge aufgerissen.

Englische Truppen — nämlich ein Bataillon schottischer Infanterie und eine Batterie — trafen an Bord des englischen Kreuzers „Berwick“ in Schanghai ein. Während die Truppen durch die Straßen marschierten, kreisten zwölf japanische Flugzeuge über den internationalen Niederlassungen.

Neuer japanischer Oberbefehlshaber.

Tokio, 4. Februar.

Das Marineministerium teilt die Bildung einer dritten japanischen Flotte unter dem Oberkommando von Konteradmiral Nomura mit. Dem Kommando der neuen Flotte werden alle japanischen Flottenteile in den chinesischen Gewässern bei Schanghai und südlich von Schanghai unterstellt. Die Ernennung Nomuras ist gleichbedeutend mit der Entlassung des bisherigen japanischen Befehlshabers in Schanghai, Admiral Shiojawa.

Die Nachricht von der Entlassung Shiojawas durch Konteradmiral Nomura ist in der internationalen Niederlassung in Schanghai günstig aufgenommen worden. Die Maßnahme wird als ein bedeutsamer Schritt der japanischen Regierung zu einer gütlichen Beilegung des Schanghaier Zwischenfalls aufgefaßt.

Die Aktion der Großmächte.

Japan lehnt neutrale Zone ab.

Tokio, 4. Februar.

Die Vertreter des japanischen Admiralstabs und des Generalstabs haben der Regierung mitgeteilt, daß die Annahme der Vorschläge über die Errichtung einer neutralen Zone den japanischen Interessen nicht entsprechen würde. Die Regierung hat darauf die Forderung der europäischen Großmächte auf Schaffung einer solchen Zone abgelehnt.

Wie amtlich mitgeteilt wird, lehnt Japan auch diejenige englisch-amerikanische Forderung unbedingt ab, die die Regelung aller schwebenden Fragen im Geiste des Kellogg-Paktes verlangt. Außenminister Jischijima erklärte, daß diese Forderung völlig unannehmbar sei, da sie sich vermutlich auch auf die Mandchurei beziehe.

China nimmt an.

London, 4. Februar.

Nach einer Mitteilung des Außenministeriums in Peking ist China bereit den englisch-amerikanischen Vermittlungsvorschlag anzunehmen.

Die chinesische Regierung hoffe auf baldige Einstellung der Feindseligkeiten und auf einen Entschluß der Mächte, um das Ansehen des Völkerbundes, des Kellogg-Paktes und des Neunmächteabkommens durch eine endgültige Maßnahme aufrecht zu erhalten.

Deutscher Schritt in Tokio und Nanking.

Berlin, 4. Februar.

Die deutschen Vertreter in Tokio und Nanking sind angewiesen worden, einen diplomatischen Schritt zu unternehmen und die Regierungen darauf hinzuweisen, daß die deutsche Regierung im Interesse friedlicher Zustände sich dem Schritt der übrigen Ratsmächte anschließen. Die deutsche Regierung hat aber in den Instruktionen an die Vertreter in Tokio und Nanking einen etwas anderen Weg gewählt als England, die Vereinigten Staaten, Italien und Frankreich.

Sie hat die Vertreter beauftragt, die chinesische und japanische Regierung zu ersuchen, daß alle Kriegsvorbereitungen und alle feindlichen Aktionen sofort eingestellt, und daß die Truppen in Schanghai im besonderen zurückgezogen würden. Weiter hat sie Japan und China ersucht, sich zur Regelung ihrer Streitpunkte an den Verhandlungstisch zu setzen.



Blick auf Nanking.

Japanische Beschwerde.

Gegen Verfahren nach Artikel 15

Genf, 4. Februar.

Die japanischen Botschafter in London und Brüssel haben beim Generalsekretär des Völkerbundes gegen die Einleitung des Verfahrens nach Artikel 15 des Völkerbundsvertrages Verwahrung eingelegt. Eine neue Sitzung des Völkerbundsrates ist vorläufig für Freitag vorgeesehen.

Die Abrüstungskonferenz.

Private Besprechungen. In Erwartung des Reichskanzlers

Genf, 4. Februar.

Am Mittwoch setzten die in Genf üblichen Besuche und privaten Besprechungen zwischen den Abordnungsführern ein. Zwischen dem italienischen Außenminister Grandi und dem deutschen Abordnungsführer Adolphi fand eine längere Unterredung statt. Von italienischer Seite

wird jetzt hervorgehoben, daß in der Abrüstungsfrage vollkommene Übereinstimmung zwischen dem deutschen und dem italienischen Standpunkt bestehe.

Man hält es allgemein für selbstverständlich, daß der grundsätzliche Standpunkt der deutschen Regierung zur Abrüstungsfrage vom Reichskanzler Brüning als dem verantwortlichen deutschen Staatsmanne persönlich abgegeben wird. Auch vom allgemeinen deutschen Standpunkt aus erscheint es als selbstverständlich, daß bei der entscheidenden Bedeutung der Abrüstungsfrage der Reichskanzler den Standpunkt der deutschen Regierung selbst darlegt.

Die drei am Dienstag eingeleiteten Ausschüsse haben heute ihre Arbeiten aufgenommen. Der Zwischenfall wegen der Einreiseverweigerung Radets durch die Schweizer Behörden ist nach längeren Verhandlungen beigelegt worden. Der Schweizer Bundesrat hat sich entschlossen, Radet die Einreise zu erlauben.

Geschäftsordnung. — Politischer Ausschuß.

Der Geschäftsordnungsausschuß der Abrüstungskonferenz, in dem auch die deutschen Abordnungen vertreten sind, hat am Mittwoch den vom Völkerbundsrat ausgearbeiteten Entwurf für eine allgemeine Geschäftsordnung in den wesentlichen Punkten abgeändert. Der Ausschuß hat beschlossen, der Konferenz zunächst die Bildung eines Ausschusses vorzuschlagen, der den Titel „Konferenzsausschuß“ tragen soll.

In diesem Ausschuß sollen die Führer sämtlicher 64 Abordnungen vertreten sein. Der Ausschuß tritt anstelle des ursprünglich vorgesehenen politischen Ausschusses. In ihm werden sich nunmehr die entscheidenden politischen Kämpfe der Konferenz abspielen und in geheimen Verhandlungen alle Beschlüsse politischen Charakters gefaßt werden. Die allgemein erwartenden Versuche der französischen Regierung, auf der Abrüstungskonferenz zu neuen internationalen Sicherheitsgarantien als der Voraussetzung jeder Herabsetzung der Rüstungen zu gelangen, dürften sich auch im Rahmen dieses Ausschusses wiederholen.

Die Verhandlungssprache der Konferenz ist grundsätzlich französisch und englisch. Reden in anderer Sprache müssen übersetzt werden.

Große Abrüstungsfundgebung der englischen Kirche.

London, 4. Februar.

In der Albert-Hall fand eine große Abrüstungsfundgebung der englischen Kirche statt. Der Erzbischof von Canterbury, der nach der englischen Verfassung nach dem König der oberste Diener des Staates ist, wies auf die Versprechungen hin, die Deutschland in Versailles hinsichtlich der Abrüstung gemacht worden seien.

Die Ehre verpflichtet uns, so sagte er, die heiligen, in Versailles gegebenen Versprechungen zu erfüllen, wonach die erzwungene Abrüstung Deutschlands der erste Schritt für eine Abrüstung der ganzen Welt sein sollte. Der Geist des Mißtrauens und der Selbstsucht sind noch zu groß in Europa. Die Hauptsache ist es, endlich einmal mit der Abrüstung zu beginnen.

Bayerische Bauern erklären Zahlungsunfähigkeit

Biersteil ab 15. Februar.

München, 4. Februar.

Nachdem erst vor einigen Tagen vier große Versammlungen bayerischer Bauern in Buchloe beschloffen hatten, ab 1. Februar nur noch die allerwichtigsten Zahlungen zu leisten, erklärte auch in Rosenheim eine Versammlung von 800 oberbayerischen Bauern die Zahlungsunfähigkeit. Nur solche Lasten würden noch mit dem verfügbaren Geld bezahlt werden, die zur Aufrechterhaltung des bäuerlichen Betriebes notwendig seien.

Von der Reichs- und Länderregierung werde die Einsicht verlangt, daß sie freiwillig die Steuerfreiheit der Landwirtschaft verleihe. Es handelt sich nicht um einen Steuerstreik oder um böswillige Zurückhaltung des Geldes, sondern um eine Selbsthilfe der Bauern, die vor ihrem Ruin ständen und zu diesem letzten Mittel greifen müßten, um ihre Existenz zu erhalten. Am 15. Februar soll der Biersteil proklamiert werden, wenn bis dahin keine stärkere Bierpreislenkung erfolgt.

Hitler eingebürgert?

Ein ungewöhnlicher thüringischer Staatsakt 1930?

Berlin, 4. Februar.

Die thüringische Staatsregierung hat der Reichsregierung Material übergeben, das der Reichskanzler dem Reichsinnenminister zur staatsrechtlichen Prüfung zugeleitet hat, und aus dem hervorgeht, daß nach Aussagen eines Oberregierungsrates und eines Ministerialrates gegenüber dem thüringischen Staatsminister Dr. Kästner der damalige Minister Dr. Fric etwa im Juli 1930 eine Anstellungsurkunde hat ausstellen lassen, wonach „dem Frontkämpfer des Weltkrieges, Adolf Hitler, die damals freie Stelle des Wendarmementiekommissars in Hildburghausen übertragen wurde“. Hitler hat dabei auf Dienstverhältnis und Beförderung verzichtet.

Der Oberregierungsrat und der Ministerialrat, die diese Angaben dienstlich gemacht haben, erklärten, daß sie sich durch ein ihnen von dem damaligen Minister Fric aufgelegtes Schweigegebot bedrückt gefühlt hätten.

Auswärtiger Ausschuss erst nach Genf.

Auch Sozialdemokraten mit Verschlebung einverstanden.
Berlin, 3. Februar.

Obwohl noch nicht alle Reichstagsfraktionen zu dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Auswärtigen Ausschusses wegen der politischen Entwicklungen im Fernen Osten Stellung genommen haben, läßt sich doch jetzt schon übersehen, daß ein Zusammenritt des Auswärtigen Ausschusses gegenwärtig nicht in Frage kommt.

Der sozialdemokratische Fraktionsvorstand hat zwar beschlossen, den kommunistischen Antrag zu unterstützen, er hat sich aber mit einer Verschlebung der Ausschussführung bis zur Rückkehr des Reichstags aus Genf einverstanden erklärt. Zu diesem Zeitpunkt dürfte dann auch die Reichsregierung, wie verlautet, nichts mehr gegen Beratungen im Auswärtigen Ausschuss einzulegen haben.

Todesstrafe gegen Kommunisten beantragt.

Essen, 3. Februar.

Im Mordprozeß gegen die 12 Kommunisten, die eine geheime Gruppe zum Zwecke der Erschießung politischer Gegner gebildet haben und von denen fünf in der Nacht zum 14. März vorigen Jahres auf eine 15 Mann starke nationalsozialistische Gruppe, die sich auf dem Heimwege nach Essen-Strag befand, einen Feuerüberfall mit Pistolen verübt haben, beantragte der Staatsanwalt gegen die vier Hauptangeklagten Zingel, Wolff, Berke und Schuler die Todesstrafe, da sie sich des überlegten und vorsätzlichen Mordes schuldig gemacht hätten.

Die Bürgersteuer.

Erhöhung um die Hälfte für Kurzarbeiter.

Berlin, 4. Februar.

Personen, die im Jahre 1930 einkommensteuerfrei waren, haben nach der bestehenden Rechtslage nur die halbe Bürgersteuer zu entrichten. Diese Vorschrift wirkt sich für die große Zahl der Kurzarbeiter, die im Jahre 1930 noch einen die Lohnsteuer-Freigrenze übersteigenden Lohn gehabt hatten und von denen daher jetzt in der Steuerklasse die volle Bürgersteuer angefordert werden müßte, besonders hart aus.

Der Reichsminister der Finanzen hat daher zur Befreiung dieser Härten dem Reichsrat den Entwurf einer neuen Verordnung vorgelegt. Hiernach hat der Arbeitgeber bei solchen Arbeitnehmern, für die wegen des Arbeitslosigkeitens der Lohnsteuer-Freigrenze am Fälligkeitstage der Bürgersteuer Lohnsteuer nicht einzubehalten ist, statt der vollen, nur die Hälfte der in der Steuerklasse angeforderten Bürgersteuerrate einzubehalten. Dies gilt natürlich nicht in den Fällen, in denen bereits wegen Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerkarte nur der halbe Bürgersteuerrate angefordert ist.

Diese Erleichterung soll, wenn der Reichsrat zustimmt, bereits für die Bürgersteuerrate gelten, die am 10. Februar

Kommunisten und Reichswehr.

Zerlegungsversuche. — Festnahmen. — Vorbereitung zum Hochverrat.

Berlin, 4. Februar.

Der Polizeipräsident teilt mit: Am 20. Januar 1932 wurde in Berlin-Falkensee eine Reihe von Personen festgenommen, die in dem dringenden Verdacht standen, die Zerlegung der Reichswehr in Eisgerund im Auftrage der kommunistischen Partei zu betreiben.

Bei den Durchsuchungen wurde umfangreiches kommunistisches Zerlegungsmaterial, bei einem der Beschuldigten außerdem drei Pistolen, Munition, ein Maschinengewehr, Schloß, Handgranaten und Zündkerzen gefunden. Die Festnahme eines Täters gelang gerade in dem Augenblick, als er in einem Cafe in Berlin mit einem Reichswehrangehörigen saß und versuchte, von diesem über militärische Dinge etwas zu erfahren. Die von ihm hierüber gemachten Notizen hatte er vor sich liegen.

Gegen die Beschuldigten ist ein Strafverfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat eingeleitet worden. Vom Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidenten Berlin wurde gegen sechs Beschuldigte Haftbefehl erlassen.

Die Fürstenabfindungen.

Aus dem Rechtsausschuß des Reichstages.

Berlin, 4. Februar.

Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte am Mittwoch die Beratung des sozialdemokratischen Antrages zur Fürstenabfindung fort. Dieser Antrag wünscht Ermäßigungen für die Länder, alle Leistungen aus Verträgen oder Urteilen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien sofort einzustellen und die auf Grund von Urteilen und Verträgen zustand gekommenen Auseinandersetzungen mit den Fürsten neu zu regeln. Nach längerer Aussprache brachten die Sozialdemokraten einen Zusatzantrag ein, wonach die aus der Nichtzahlung oder Wenigerzahlung ersparten Beträge von dem Lande zur Wohlfahrtspflege, für Kriegsverletzte usw. über das durch Reichsrecht vorgesehene Maß hinaus zu verwenden sind. Für den Fall der Ablehnung brachten die Sozialdemokraten einen weiteren Gesetzentwurf ein, der die wiederkehrenden Leistungen an die Fürsten auf Grund von Einigungsverhandlungen herabsetzen will. Wenn eine Einigung nicht zustande komme, solle die Landesregierung entscheiden.

Der Ausschuss beschloß, den Vertretern der Länder anheimzustellen, sich in einer späteren Sitzung über folgende vom Zentrum formulierte Frage zu äußern: Besteht in den Ländern, in denen die Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern noch nicht vollständig beendet ist, Aussicht nach einer reichsgerichtlichen Hilfe zur anderweitigen Festlegung von wiederkehrenden Leistungen bzw. von noch ausstehenden oder in einem Aufwertungsstreit befangenen Ansprüchen auf einmalige Leistungen?

Vor der Präsidentschaftswahl.

Die Unterzeichnungslisten. — Christlicher Volksdienst für Hindenburg. — Die Haltung der Nationalsozialisten.

Berlin, 4. Februar.

Der Hindenburg-Ausschuß teilt mit: „Soweit sich bis zur Stunde übersehen läßt, sind an dem heutigen Tage in den Geschäftsräumen und Filialen von etwa 130 deutschen Zeitungen die Eintragslisten für den Wahlvorschlag des Reichspräsidenten von Hindenburg ausgelegt worden. Es muß betont werden, daß die Liste noch nicht abgeschlossen ist und daß erst bei Eingang der Ergebnisse des ersten Einzeichnungstages sich bestimmtere Angaben über die Zahl der an der Eintragsaktion beteiligten Zeitungen machen lassen werde.“ Die Reichsleitung des Christl.-Soz. Volksdienstes hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg ein Telegramm gerichtet, in dem sie Hindenburg bittet, sich dem Ruf des deutschen Volkes nicht zu versagen. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz erwartet von Hindenburg eine Abgabe an den Ausschuss.

Ein Dementi

Der Staatssekretär beim Reichspräsidenten, Dr. Meißner, läßt erklären, daß die Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ über angeblich von ihm betriebene Vorarbeiten für eine Umbildung der Reichsregierung jeder Grundlage entbehre. Er habe insbesondere keinerlei Verhandlungen mit oppositionellen Politikern hierüber geführt.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ hatten unter der Überschrift „Quartierbetreuer“ geschrieben, daß der Staatssekretär des Reichspräsidenten ohne dessen Wissen, sowohl wie ohne Wissen des Reichskanzlers die Umbildung des Reichsabinetts auf eigene Faust stimmungsmäßig vorzubereiten und in Verhandlungen mit oppositionellen Politikern unter Nennung von noch nicht einmal befragten Reichskanzlerkandidaten zu betreiben suche.

Wann tagt Tributkonferenz?

Eine Erklärung des englischen Schatzkanzlers.

London, 4. Februar.

Der englische Schatzkanzler Neville Chamberlain hatte im Unterhaus mitgeteilt, daß sich die englische Regierung bereit erklärt habe, die Regierungskonferenz auf Mai oder Juni zu vertagen. Die „Financial Times“ erklärt in diesem Zusammenhang, wenn nicht bald eine weisse Entscheidung durch die Staatsmänner getroffen werde, so bleibe nichts anderes übrig, als eine Rebellion der Schuldnermächte.

Die „Morning Post“ sagt, die Entscheidung über die Vertagung der Konferenz werde die politische Stellung Brannings stark beeinflussen. Das Fortbestehen der Unsicherheit um weitere sechs Monate müsse als ernstster Rückschlag für jeden Wiederaufbauplan gewertet werden. Hoffentlich werde sich in diesen sechs Monaten die Ansicht in den Ländern ändern, die bisher den englischen Standpunkt bezüglich der vollen Tribut- und Schuldensicherung noch ablehnten.

Zu der Erklärung Neville Chamberlains, daß die englische Regierung sich nunmehr mit einer Verschlebung der Tributkonferenz auf Mai oder Juni einverstanden erklärt habe, wird von zuständigen deutscher Stelle mitgeteilt, daß die diplomatischen Verhandlungen hierüber noch nicht abgeschlossen seien.

Deutsche Tageschau.

Neubewilligung von Kleinsiedler- und Kleingartenstellen.

Der Reichskommissar für die vorstädtische Kleinsiedlung hat in den letzten Tagen 856 Kleinsiedlerstellen und 5698 Kleingartenstellen endgültig genehmigt. Die Siedlungsstellen erhielten die Städte Dresden, Gleiwiß, Arnstadt, Gotha usw., die Gartenstellen die Städte Altona, Hannover, Halle, Steint, Bonn usw. Bei günstigem Wetter ist mit der baldigen Errichtung der bewilligten Kleinsiedlerstellen und der Anlage der Kleingärten zu rechnen. In einer Reihe von Städten ist bereits mit den Vorarbeiten dazu begonnen worden.

Der Zusammenbruch der Bank für deutsche Beamte.

Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages, welcher mit der Untersuchung des Zusammenbruches der Bank für deutsche Beamte begonnen hat, erklärte als erster Zeuge der Liquidator der Bank, daß beim Zusammenbruch den 11,5 Millionen Mark Forderungen 4 Millionen Mark Aktien gegenüberstanden hätten, Verluste wären kaum entstanden, wenn sich die Bank auf ihre eigentliche Geschäfte beschränkt hätte. Im Frühjahr 1927 sei eine Revision der Bank vorgenommen worden, die ein niederschmetterndes Ergebnis gehabt habe. Das Handelsministerium habe die notwendigen Folgerungen aus diesem Prüfungsbericht jedoch nicht gezogen, vielmehr habe es eine neue Revision durch einen anderen Revisionsverband vornehmen lassen. Diese erneute Revision sei zu einem wesentlich günstigeren durchaus falschen Ergebnis gekommen. Wenn das Handelsministerium seinerzeit die Bank sofort geschlossen hätte, wären die Guthaben der Genossen, die zum größten Teil kleine Beamte waren, gerettet worden.

Wo sind die Wüstenflieger?

In der Sahara notgelandet.

Paris, 4. Februar.

Französische Funkstationen haben, wie bereits bekannt, Funkprüche von drei französischen Fliegern aufgefangen, die in der Sahara notgelandet mußten. Die Lage der drei Flieger beginnt nunmehr die amtlichen französischen Stellen stark zu beunruhigen.

Die Flieger hatten nur Lebensmittel und Trinkwasser für etwa 24 Stunden an Bord. Sie wurden durch einen heftigen Sandsturm abgetrieben. Bisher war es noch nicht möglich, ihren Standort festzustellen. Vier Militärflugzeuge sind am Dienstag von Algier aus aufgestiegen, um das ganze Gebiet in einem Umkreis von über 2000 Kilometern abzusuchen. Die drahtlose Verbindung mit dem Flugzeug ist unterbrochen. Die vorgeschobenen französischen Posten haben Kamelreiter ausgesandt, um die Verschollenen zu suchen.

Die Erde bebt!

Schweres Erdbeben auf Cuba.

Habana, 4. Februar.

An der Südküste Cubas hat sich ein schweres Erdbeben ereignet. Besonders heimgesucht wurde die Stadt Sancti Spiritus, wo zahlreiche Gebäude zerstört wurden. Die Zahl der Toten soll außerordentlich groß sein. Sie läßt sich zur Zeit auch nicht schätzungsweise angeben.

200 Tote? — Eine Schreckensnacht.

Nach Meldungen, die über New York kommen, hat die Bevölkerung eine wahre Schreckensnacht erlebt. Das Erdbeben dauerte 30 Sekunden. Ein großer Teil der Häuser wurde zerstört, die übrigen zum Teil schwer beschädigt.

An verschiedenen Stellen brachen gleich nach dem Erdstoß Brände aus, die die allgemeine Verwirrung noch vergrößerten. Hilfsflüge sind unterwegs. Die Polizei hat außerordentliche Maßnahmen getroffen, um Plünderungen zu verhindern. Das Erdbeben soll rund 200 Menschenopfer gefordert haben. Der größte Teil der Stadt ist vernichtet.

Nach den letzten Schätzungen sind etwa

200 Personen getötet und etwa 2000 verwundet

worden. Nach ergänzenden Meldungen aus Habana sind außer mehreren Kirchen, Regierungsgebäuden und dem Elektrizitätswerk in Santiago de Cuba auch ein Krankenhaus so wie ein Hotel zerstört worden. Hilfe ist sowohl mit der Eisenbahn wie auch mit Schiffen und Flugzeugen unterwegs. Die Nachbarstädte Holguin und Guantanamo haben gleichfalls erheblich gelitten, ebenso der Libertad-Bezirk.

Der deutsche Wald in Gefahr.

Verlammung des Reichsforstwirtschaftsrats.

Berlin, 4. Februar.

Die erste Vollversammlung des auf weitere sechs Jahre neu gewählten Reichsforstwirtschaftsrates, der offiziellen Vertretung der gesamten deutschen Forstwirtschaft, wurde vom Vorsitzenden, Staatssekretär a. D. Freiherrn von Stein, eröffnet.

Der Vorsitzende wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß die deutsche Forstwirtschaft in eine nie dagewesene Notlage geraten sei. Der Bestand des Waldes selbst sei in Gefahr. Es sei höchste Zeit, daß die Regierungen sich auf ihre daraus folgenden Pflichten gegen den deutschen Wald besinnen.

Über die Fragen und Aufgaben der Holzhandelspolitik sprach Landforstmeister Gernlein vom preussischen Landwirtschaftsministerium. Er wies nach, daß bei den heutigen Holzpreisen von einer Rente in der Forstwirtschaft keine Rede sein könne. Die Ursachen der gegenwärtigen Abwärtskrise lägen in erster Linie in der allgemeinen Wirtschaftskrise, sie seien aber für die deutsche Forstwirtschaft verschärft worden durch eine einseitig auf die Förderung der Industrie-Ausfuhr und Herabnahme ausländischer Rohstoffe und Halbfabrikate, insbesondere Holz aller Art, gerichtete Handelspolitik des Deutschen Reiches.

Redner forderte endlich Taten zum Schutze der heimischen Holzherzeugung gegen entbehrliches Auslands Holz, insbesondere gegen die mit recht zweifelhaften Mitteln bewerkstelligte Einfuhr von russischem Holz, — außerdem eine Eisenbahn-Tarispolitik, welche den Transport des Holzes wieder belebe, anstatt ihn zu unterbinden. Erst unter diesen Voraussetzungen könne die Forstwirtschaft erfolgreich auf dem von ihr eingeleiteten Wege der Selbsthilfe vorwärts schreiten.

Zur Preisentlastung der kommunalen Betriebe.

Daß beim allgemeinen Preisabbau auch die Gemeinden nicht zurückbleiben können, ist selbstverständlich und wird von ihnen anerkannt. Dagegen werden darüber, was eine „entsprechende“ Senkung von Tarifen und Gebühren ist, die Meinung zwischen der Stadtverwaltung, die ihren Haushalt ausgleichen muß und zwischen denjenigen, die Tarife und Gebühren zu bezahlen haben, immer auseinandergehen. Soweit bei den städtischen Werken Entlastungen durch Erlaß der Verkehrssteuer, durch Erleichterung des Zinsdienstes, durch Senkung von Gehältern und Löhnen oder durch Senkung der Rohlenpreise entstehen, sollen diese Entlastungen zweifelslos der Wirtschaft oder der Bevölkerung zugute kommen.

Freilich gibt man sich dabei nicht selten falschen Vorstellungen über den tatsächlichen Umfang solcher Entlastungen hin. Die modernen Kraft- und Gaswerke zum Beispiel sind derartig mechanisiert, daß dort nur wenig Personal anstellung findet und die Gehaltseinsparungen nicht stark ins Gewicht fallen. Die Anleihen zur Errichtung solcher Werke wurden vielfach im Ausland aufgenommen und nehmen deshalb an der Zinsentlastung nicht teil. Daraus ergibt sich, daß der Umfang der Tarif- und Gebührensensung sich brüßlich außerordentlich verschieden gestalten wird und selbst Vergleiche zwischen sonst vergleichbaren Städten selten zutreffen. Vielleicht kann man als ganz allgemeinen Durchschnitt bei Gas, Wasser und Elektrizität eine Senkung von 5 Prozent annehmen. Die Verschiedenartigkeit des geschuldeten Kapitals, die verschiedene Höhe der Zinsätze und eine Reihe von Faktoren, die oft nur lokale Bedeutung haben, verbieten im vornehmsten, etwa zu sagen, daß eine Stadt, die einen Tarif um 3 Pfennige zu senken in der Lage war, mehr für den Preisabbau getan hätten, als eine andere, die nur die Hälfte davon zugezogen kann. Denn trotz aller notwendig anerkannten Senkungsmöglichkeiten ist die Aufrechterhaltung des Eingangs der nötigen Mittel für die Führung der Verwaltung und die Erledigung ihrer dringenden Aufgaben die größte Sorge der Gemeinden im neuen Jahre.

Die Werttarife der Gemeinden können nicht losgelöst von der allgemeinen Finanzlage behandelt werden. Die Werksüberschüsse sind vielfach eine der wichtigsten Positionen des allgemeinen Haushalts und können solange nicht gesenkt werden, wenigstens nicht über tatsächliche Ersparnisse in den Betriebskosten hinaus, als unbedingt noch jede Mark für die heute vorbränglichsten Aufgaben, nämlich für die Abdeckung der notwendigen Fürsorgeleistungen verwendet werden muß. Dieses letztere Ziel steht heute überall an der Spitze.

Nus Bad Homburg und Umgebung

Die Beamtenchaft und wir in Bad Homburg.

In beispiellosem Ausmaße wurde durch die bisherigen Notverordnungen, ganz besonders der vom 8. 12. 31. in das wirtschaftliche soziale und politische Leben Deutschlands eingegriffen. Viele Volksgenossen spüren die Wirkungen der Maßnahmen die für notwendig erachtet wurden, unsere Notzeit ohne eine Katastrophe zu überwinden. Können wir, daß die drakonischen Anordnungen, die das Maß des Erträglichsten erreicht oder überschritten haben, nicht vergessens sind. Verblinden wir unser Hoffen zu gemeinsamen Wünschen für alle, die unter schweren Entbehrungen das Schicksal zu meistern versuchen, Arbeiter, Bauern, Angestellte, Handwerker, Gewerbetreibende und, das sei besonders herausgestellt, unsere Beamtenchaft. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dieser besonders zu gedenken. Was sagte der Reichskanzler?: „Bei all den Opfern muß es darauf ankommen, daß das Volk das Gefühl der unbedingten Gerechtigkeit hat, das Gefühl der gleichmäßigen Verteilung der Lasten und der Opfer.“ Und wie war es bei der Beamtenchaft? Ausgehend von der Auffassung, daß die Beförderungsaufseinerung von 1927 ein Fehler gewesen wäre, kürzte man die Dienstbezüge am 1. 2. 31 um 6%, am 1. 7. 31 um 4 — 8% und am 1. 1. 32 nochmals um 10%!! 1927 war man sich in den Ministerien mit allen Parteien und der Presse, als Sprachrohr der öffentlichen Meinung, darin einig, daß gegen die „erschreckend zunehmende Verelendung der Beamtenchaft“ eine durchgreifende Beförderungsschneidung angeordnet werden müsse, eine Reform, die das Gleichgewicht in den Beamtenhaushaltungen gegenüber der Vorkriegszeit durch eine spürbare Stärkung der rapide gesunkenen Kaufkraft, wieder herstelle. Und heute soll dies ein Fehler gewesen sein, der mit viel Geschrei aus allen Lagern auf dem Rücken der Bediensteten reitend verurteilt werden muß? Für unsere Wirtschaft war es bestimmt kein Fehler. Aber wenn es für die Wirtschaft kein Fehler war, dann war es überhaupt kein Fehler! Wie sieht es nun aus. Schon durch die vorläufige Gehaltskürzung ist die Erhöhung von 1927 längst zunichte gemacht worden. Darüber hinaus hat die Kaufkraft der Beamten und Angestellten einen Schlag bekommen, der sich täglich zum Nachteil der ganzen Bevölkerung schärfer auswirkt. Betrachten wir die Auswirkungen übersichtlich bei uns in Bad Homburg. In Frage kommen hier rund 800 Familien von Beamten und Behördenangestellten. Nimmt man vorsichtig geschätzt, nur eine durchschnittliche Kürzung von 700 Rmk. jährlich pro Familie an, so ergibt sich die erschreckende Zahl von 560.000 Rmk. im Jahr, von denen zu mind. 80% — 448.000 Rmk. (11) der hiesigen Geschäftswelt verlustig gehen. Kann treffender dokumentiert werden, wie sich die ständig verminderte Kaufkraft für unsere Wirtschaft auswirkt. Die Folgen weniger Steuern, geringere Arbeitsmöglichkeiten usw. usw. im ewigen Kreislauf bis zum Weltkollaps. Welcher einsichtige Wirtschaftler glaubt noch so an den Weg zur Gesundung? Deshalb vor allem Schluß mit dem Schrei nach weiterem Abbau angeblich zu hoher Beamtengehälter. Es liegt hier im Allgemeininteresse endlich zu erkennen, wie gefährlich es ist, nicht zu vergessen auch staatspolitisch, wohl begründete aus der Not der Zeit geborene beamtenfeindliche Regungen, über die klare Vernunft triumphieren zu lassen. Vor allem auch wie gefährlich und ungerecht gegenüber der Beamtenchaft eine Verallgemeinerung zum „Arenztigel ihn“ ist.

Wir kennen hier in Bad Homburg eine Reihe von Fällen, in denen kleine Beamte nach jahrzehntelanger treuer Pflichterfüllung, auf oft nicht beneidenswertem Posten, durch die Kürzungen auf ihr Lebenshaltungsniveau als junger Dienstjüngling herabgedrückt wurden. In den gehobenen mittleren und hohen Beförderungssgruppen wirken sich die Kürzungen gleichfalls oft ganz katastrophal aus. Radikale Umstellungen überall und meist gezwungen infolge anderer unabänderlichen Bindungen, auf Kosten der Haushaltsführung zum Schaden unserer Geschäftswelt. Wir wissen, daß auch in diesen Familien unserer Mitbürger Frau Sorge nicht unbekannt geblieben ist. Kurzum 6% Kürzung, 4—8% Kürzung, 10% Kürzung, Arbeitsbeschädigtenrente-Kürzung, Zuzuschlag-Kürzung, Pensions-Kürzung, Kürzung, Kürzung, Kürzung... ein häßliches Wort, ein „Gehet fort, gehet fort“ — und das Ende? Man sehe sich um und merke auf.

Das Eiser-Komitee des karnevalistischen Nasenvereins veranstaltet kommenden Sonntag, abends 8 11 Uhr, in den Räumen des „Schützenhof“ eine Rheinische Appenzelung, bei der die bekannten Bühnenredner Schorsch und Wilhelm auftreten werden. Lokalthumor und sonstige Überraschungen werden für eine dreistündige Unterhaltung sorgen. Der Eintritt — einschließlich Kappe, Stern und Biederhose — beträgt nur 1 Reichsmark. Da der Gesamtertrag der Homburger Winterhilfe zugute kommen wird, ist zu hoffen, daß die „Eiser“ Sonntag abend mit einem vollbesetzten Saal rechnen können. Siehe auch morgige Anzeiger!

Betriff! Aalegürtel. Die im Herbst vergangenen Jahres von den Obstbaumbesitzern an den Obstbäumen angebrachten Aalegürtel müssen im Laufe des Monats Februar wieder entfernt und verbrannt werden. Ein Ablegen der Aalegürtel auf Schulhäusern pp. ist nicht erlaubt, da dadurch das Ungeziefer erneut hervorgerufen wird.

Wahre dein Wünschen!

Dein Wünschen ist ja nicht das rechte Maß der Dinge. — Sieh nach draußen: Da fühlst du es selbst, daß es am besten ist, wenn jedes Ding seine Zeit hat. Oder ist es nicht so, daß, als du dich eben der frühlinghaften Wärme freuen wolltest, die vor wenigen Tagen noch das Land erfüllte, dich Vernunft und Erfahrung sofort warnten, ja nicht etwa zu vertrauen auf den Bestand dieses unzeitigen Wetters? Und das, obwohl du eben vorher doch nichts heißer ersehntest als eben baldigen Frühling.

Du fühlst es an solchen Beispielen am ehesten, daß dein Wünschen nicht das rechte Maß der Dinge ist. Und daß dies nur gut ist, willst du's im Ernst leugnen? Willst du leugnen, daß du dir heute dies und morgen jenes und übermorgen, wenn vielleicht der eine oder andere Wunsch in Erfüllung gegangen ist, schon wieder etwas neues wünschst, je nach dem Eindruck einer ständigen Stunde, einer plötzlichen Aufwallung? Und wie es kommt, ist es dir dann immer wieder nicht recht. Das macht, daß dein Wünschen dir nur das Gute zeigt, deines Begehrens Erfüllung aber von Folgen begleitet ist, die du nicht sahst oder nicht sehen wolltest. Dein Wunschbild zeigte dir die Lichtseite der Dinge und du vergaßest, daß, wo Licht, auch Schatten ist.

Sieh nach draußen! War nicht das kalte, klare Winterwetter dir zu kalt — war dir nicht der Schnee zu lästig und zu tief? Und dann, als dies alles vergangen, war es dir nicht zu feucht geworden und die Luft zu schwer? Brachte nicht fast jeder Wechsel — gestern erhofft und ersehnt — heute Enttäuschung? Verne doch! Verne, daß alles kommt, wie es soll, und lerne auch das Seelende zu nehmen, wie es kommt und für dich das Beste daraus zu gewinnen. Und wenn du schon weiter denken mußt, wahre dein Wünschen und Hoffen! Was sollte es dir fruchten, wenn ihm vorzeitig Erfüllung würde?

Denke daran, wie neulich die Weiden in den Gärten schon erblühten und einige der frühen Sträucher, und nach wenigen Nächten war die Herrlichkeit vorbei. Leicht bringt eine farge Blüte zur Unzeit Verderben für die rechte Blütezeit!

Zur Reichspräsidentenwahl.

Sind Sie für eine Kandidatur Hindenburg? — und nicht für eine solche des Parteimanns X., Y. oder Z., so tragen Sie sich schnellstens in die auch in unserer Geschäftsstelle, Dorotheenstr. 24, aufliegende Einzelnungsliste des Hindenburg-Ausschusses, der unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Sahm-Berlin steht, ein.

Karneval am Rhein. Unter diesem Motto stehen der „Karnevalistische Unterhaltungsabend mit anschließendem Maskenball“, zu deren Besuch das Kurhaus überall in der Stadt und an der Tram durch große Plakate für kommenden Samstag einlädt. Die Kurverwaltung hat in den Herren Ernst Harlmann und Carlos Nach zwei Spezialisten rheinisch-karnevalistischen Humors gewonnen, welche im Mittersaal mit Unterführung der Kurhauskapelle Burkard eine fröhliche Karnevalsstimmung zu schaffen bemüht sein werden, wie sie in Mainz und Köln nicht origineller gedacht werden kann. Freilich können sich auch die besten Kräfte nur dann ganz entspannen, wenn ihren Darbietungen entsprechender Widerhall gewährleistet ist bei einem zahlreich versammelten Publikum, welches freudig gewillt ist, einmal für einige Stunden alles Niederdrückende der gegenwärtigen Notzeit zu vergessen und das höchstmögliche Frohsinn aufzubringen, welches in den durch die Zeitverhältnisse gebotenen Grenzen eben noch möglich ist. Dem trägt auch der Eintrittspreis Rechnung, welcher ganz im Zeichen der Preisenkungs-Aktion steht und für Kurhaus-Abonnenten 1.— Rmk., für Nichtabonnenten 2.— Rmk. beträgt. Die Veranstaltung beginnt um 8 11 Uhr. Von 9 Uhr ab können dann die maskierten und unmaskierten Tanzlustigen ausgiebig ihrem Vergnügen huldigen und zwar in sämtlichen Räumen der Bar, welche auch nach dem oberen Teil der Wandelhalle hin geöffnet ist. Im Mittersaal kann der Tanz erst nach Beendigung des karnevalistischen Unterhaltungsabends beginnen. Insgesamt zwei Tanzkapellen werden unermüdlich für eifrigsten Tanzbetrieb sorgen. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß die Kurhaus-Restaurationskette und warme Küche verabfolgt und daß die Preise für Küche und Keller der Zeit entsprechend ermäßigt sind. In den Barräumen findet der Restaurationsbetrieb gleich wie in den übrigen Räumen und zu gleichen Preisen statt. Man kann da ohne Ueberreibung behaupten, daß alles auf das Beste vorbereitet ist und der Veranstaltung ein reißendes Gelingen gesichert sein wird, wenn die unter den gegenwärtigen Verhältnissen doppelt hoch zu wertenden Bemühungen der Kurverwaltung durch besonders zahlreichen Besuch belohnt werden. Am Faschingssonntag findet dann wie alljährlich um 3 Uhr im Mittersaal der Kindermaskenball statt.

Kurhaus. Am Samstag, dem 6. Februar, muß wegen der Vorbereitungen zum Maskenball des Nachmittagskonzert in der Kurhaus-Wandelhalle ausfallen. Der Vesperaal wird am selben Tage, 7 Uhr abends geschlossen.

Belohnter Züchterleih! Am 30. und 31. Januar 1932 hielt der Verband der Kleinierzüchter „Main-Taunus“ seine 11. Verbandsausstellung in Gonsenheim in der Turnhalle ab; wobei nachfolgende Züchter des 1. Homburger Kleinierzüchtervereins ausgestellt hatten: Die Preisverteilung ergab: Züchter Th. Fink, auf Belger-Riesen ein Ehren- und ein 1. Preis und zwei 3. Preise.

Züchter Karl Schächer auf Weiße Riesen ein Ehren-Preis nebst Zuschlag und ein zweiter Preis auf Blaue Wiener ein Ehrenpreis nebst Zuschlag und auf Deutsche Riesen-Schaden Jungler ein 1. Preis. Züchter Joh. Vöschmann, auf Blaue Wiener, ein 2. Preis. Züchter Josef Zacher auf Schwarzlosh ein 2. Preis, ferner auf Rüssen ein 3. Preis, Albert Rauschenberg auf Klein-Ehnhilla ein 2. Preis, ferner auf Schwarze Zwerg-Wandolles ein Ehrenpreis nebst Zuschlag auf 3 und auf Georg Jost auf redbühnfarbige Italiener sehr gut, Ehrenpreis und zweimal gut, auf Deutsche Zwerg gold-halbp, sehr gut Ehrenpreis, S. g. 2, gut, sehr gut 1. Ehrenpreis. Die Schau war besichtigt mit 402 Nummern Geflügel und Kaninchen. Wir wünschen ferner hier allen Züchtlern im nächsten Jahr ebenfalls gute Erfolge.

Selipa. Ab heute bis einschließlich Sonntag: Max Adalbert in „Das Ekel“.

Polizeiliche Bestimmungen für die Karnevalstage. Die Polizeibehörde weist darauf hin, daß das Tragen von Maskenraden auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten ist; dieses Verbot gilt auch für Kinder. Eine nähere Kommentierung dieser polizeilichen Verfügung werden wir in der kommenden Samstag-Ausgabe bringen.

Postzustellung durch die Post. In der Postzeit seit ist es noch nicht genügend bekannt, daß die Deutsche Reichspost die Paketgebühren seit dem 15. Januar erheblich gesenkt und gleichzeitig eine vom Empfänger zu zahlende Zustellgebühr von 15 Pfennig für jedes Paket eingeführt hat. Auch nichtfreigemachte Pakete können wieder verschickt, d. h. die Zahlung der Paketgebühr kann dem Empfänger überlassen werden. In beiden Fällen ergeben sich für den Paketzusteller oft insofern Schwierigkeiten, als die Empfänger, die noch an das alte Aushändigungsverfahren gewöhnt sind, die Berechtigung zur Erhebung einer Zustellgebühr anzweifeln und diese oder die etwa fällige Paketgebühr nicht gleich zahlen wollen. Die Paketzusteller werden dadurch in ihren Dienstgeschäften erheblich aufgehalten, die Zustellzeit verlängert sich und die Empfänger erhalten die Sendungen später als nötig wäre. Es würde daher zu einer wohl allseitig erwünschten Entlastung und Beschleunigung führen, wenn die Paketempfänger in richtiger Würdigung der Sachlage die Zustellgebühr oder die Paketgebühr ohne längere Erörterungen entrichten wollten.

Wohlfahrtsmarken. Die Postanstalten und die Deutsche Reichspost werden in den nächsten Tagen mit dem Verkauf von Wohlfahrtsmarken zu 6 und 12 Pfennig zum Preise von 10 und 15 Pfennig beginnen. Die Marken sind nach den Mustern der bisherigen Wohlfahrtsmarken zu 8 und 15 Pfennig, die ebenfalls noch bis Ende März vertrieben werden, hergestellt, tragen aber den Aufdruck 6 und 4 Pfennig und 12 und 3 Pfennig. Die Ziffern 8 und 15 in den unteren Ecken sind mit 6 und 12 überdruckt. Alle Wohlfahrtsmarken sind bis Ende August gültig. Die bisherigen Wohlfahrtsmarken zu 8 und 15 Pfennig sind zur Freimachung von Briefsendungen, u. U. durch Ergänzung mittels anderer Postwertzeichen, auch weiterhin verwendbar.

Nichtig frankieren! Wie uns die Oberpostdirektion mitteilt, werden viele Ortsbriefe bis 20 Gramm nur mit 6 Pfennig und Fernbriefe über 20 bis 250 Gramm nur mit 24 Pfennig freigemacht. Die richtige Gebühr beträgt für Ortsbriefe bis 20 Gramm 8 Pfennig und für Fernbriefe über 20 bis 250 Gramm 25 Pfennig.

Billigere Arzneikare. Der Reichsrat hat die Einführung der deutschen Arzneikare für 1932 beschlossen. Dabei wurde der Rohmehrer, der den Apothekern höchstensfalls verbleibt, auf 30 Prozent festgelegt. Weiterhin soll zur Pfennigrechnung übergegangen werden.

Warnung vor Zahlungen an Ausländer. Die Fälle, in denen Verurteilungen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Devisenvorschriften erfolgen, mehren sich. Es wird daher besonders darauf hingewiesen, daß alle Zahlungen an Ausländer auch bei Barzahlungen im Inlande, soweit sie über die Freigrenze von 200 Mark in einem Monat hinausgehen, genehmigungspflichtig sind. Gerade diese Vorschrift wird, wie Beobachtungen ergeben haben, von weiten Kreisen des Publikums, auch der Kaufmannschaft, offenbar nicht genügend beachtet.

Postwertzeichengeber werden umgebaut. In den nächsten Tagen wird mit dem Umbau der Postwertzeichengeber begonnen, und zwar sollen zunächst die 15-Pfennig-Briefmarkengeber eine Einrichtung zur Abgabe von zwei 6-Pfennig-Briefmarken erhalten. Die Umbauarbeiten werden mit größter Beschleunigung durchgeführt werden, bei der großen Zahl der Geber aber immerhin einige Wochen dauern. Später sollen die Postartengeber so geändert werden, daß sie 6-Pfennig-Postkarten verabsorgen.

Vorsicht mit Devisen. Mit einem nicht gerade klaffenden Fall von Kapitalflucht hatte sich zum ersten Male ein Frankfurter Gericht unter Anwendung der Devisenbestimmungen der dritten Notverordnung zu beschäftigen. Der Angeklagte ist ein schwer lungenkranker Kriegsbeschädigter, der sich 700 Schweizer Franken zur Durchführung einer Kur in Davos zusammengespart hatte. Durch Befundungen bei der Polizei hatte das Devisenkommissariat von den Weibern Kenntnis erhalten und die Beschlagnahme verfügt. Darüber hinaus bekam der Mann auch noch einen Strafbefehl in Höhe von 50 Mark, weil nach den Bestimmungen der Notverordnung, nach denen bei Privatpersonen ein Devisenbestand von höchstens 200 Mark vorhanden sein darf, bestanden.

Bei Krankentransporten u. Unglücksfällen rufen Sie bitte an: Tel. Nr. 2976, Tel. Nr. 2452 oder Tel. Nr. 2382. Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz.

Kirchliche Nachrichten.

Israelitischer Gottesdienst. Samstag, den 6. 2. Vorabend 5.10, morgens 9, Neumondweihe, nachmittags 3.30, Sabbatende 6.15. — Werktag morgens 7, abends 5 Uhr.

Verantw. für den redaktionellen Teil: S. Berg, Bad Homburg für den Inseratenteil: Fritz W. A. Krägenbrink, Bad Homburg Drucker und Verleger: Otto Wagenbreth & Co., Bad Homburg

Auslands-Rundschau.

Premierminister Macdonald erkrankt.

Wie aus London gemeldet wird, mußte sich der englische Premierminister Macdonald wegen einer Verminderung der Sehkraft auf dem linken Auge am Mittwoch einer Operation unterziehen. Es wird etwa 14 Tage dauern, ehe er seine dienstliche Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Dementsprechend wird sich sein Besuch bei der Abrüstungskonferenz verschieben. Die Vertretung im Unterhaus übernimmt Baldwin.

Massenausweisungen aus Lettland geplant.

Die lettischen Regierungsparteien bereiten einen Gesetzentwurf vor, der auf eine Massenausweisung aller in Lettland beschäftigten Ausländer hinausläuft. Zur Begründung dieser rigorosen Maßnahme wird auf die steigende Arbeitslosigkeit hingewiesen. Bis heute sind in Lettland 40 000 Arbeitslose (auf 2 Millionen Einwohner) registriert. Dieses Gesetz würde in erster Linie die vielen Polen und Litauer treffen, die als niedrig bezahlte Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und in der Industrie beschäftigt sind. Aber auch das deutsche Element würde betroffen, da es in Lettland 4000—5000 Reichsdeutsche gibt. Von diesen sind aber mindestens 90 v. H. altansässige Einwohner, mit dem Lande verwachsene Elemente, zu einem großen Teil sogar hier geboren und vielfach mit Lettinnen verheiratet, die dann auch von der Ausweisung betroffen würden.

Letzte Nachrichten.

„Geschäft gefährdet“.

Hamburg, 4. Febr. Beim ostasiatischen Verein in Hamburg ist von einer Mitgliedsfirma in Schanghai folgendes Telegramm eingegangen: „Politische Lage kein Grund zur Beunruhigung, aber Geschäft gefährdet. Chinesische Banken und Geldbörsen geschlossen. Das chinesische Postamt praktisch ebenso. Die Banken haben europäischen Firmen nahegelegt, sich gegen Kriegsgefahr zu versichern, aber die deutsche Handelskammer und die General Chamber of Commerce haben beschloffen, daß eine Kriegsversicherung unnötig erscheine, die deshalb einstimmig abgelehnt wurde.“

Entlassung von 2000 Arbeitern bei Krupp.

Essen, 4. Febr. Infolge weiterer Verschlechterung des Auftragsstandes, der gleichzeitig alle Werkabteilungen der Gußstahlfabrik betroffen hat, hat sich die Friedrich Krupp AG. Essen gezwungen gesehen, beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf vorläufig Antrag auf Entlassung von rund 2000 Arbeitern und Angestellten zu stellen.

Reichswehrsoldat erschlägt sich auf der Straße.

Glogau, 4. Febr. Am Mittwoch hat sich der Obergefreite Stannigel des in Glogau in Garnison liegenden zweiten Bataillons des achten preussischen Infanterieregiments auf offener Straße erschossen. Die Tat ist anscheinend auf private Gründe zurückzuführen.

100 000 Mark unterschlagen.

Dresden, 4. Febr. Seit Jahren hat, wie jetzt ausgedeutet wurde, der Prokurist Möbius der Brauerei zum Felseneller in Dresden große Summen unterschlagen. Es handelt sich, soweit bis jetzt zu übersehen ist, um eine Summe von etwa 100 000 Reichsmark. Raffinierte Fälschung der Bücher hatte die Aufdeckung der Unterschlagung lange hinausgezögert.

Der Postskandal von Reilmehring.

Ämtliche Erklärungen.

München, 4. Februar.

Ämtlich wird jetzt zugegeben, daß die Unterschlagungen der Postagentin Anna Steubl die Höhe von 209 000 Mark erreichten. Eine Münchener Zeitung hatte ein Redaktionsmitglied nach Landshut zur Oberpostdirektion entsandt, um Aufklärung über die Riesenunterschlagung der Wasserburger Postagentin zu bekommen. Der Leiter der Oberpostdirektion Landshut, Präsident Groll, bestritt ganz entschieden, daß der Kontrolle eine Schuld zugemessen sei. Bei der Anna Steubl sind nicht nur die regelmäßigen Kontrollen und Re-

visionen, sondern auch unvorhergesehene vorgenommen worden, ohne daß sich der geringste Anhaltspunkt für eine Unstimmigkeit ergab. Erst am 28. Januar, als die Steubl mit ihrem Liebhaber, dem Postmeister Hummiller von Wegscheid, geflüchtet war, sei man den Verschlingen auf die Spur gekommen.

Die beiden hatten ein so raffiniertes System erdacht. Durch ihre gegenseitige Zusammenarbeit sei eine frühere Entdeckung nicht möglich gewesen. Wegen der Gefahr der Nachahmung könnten über dieses System keine Einzelheiten mitgeteilt werden. Die Meldung, daß der Postmeister Hummiller in Wasserburg ebenfalls große Unterschlagungen und zwar in Höhe von 250 000 Mark begangen habe, wird jetzt bestritten.

Märkte und Börsen.

Vom 3. Februar.

Frankfurter Produktenbörse.

Weizen Int. 24,75; Roggen 22,35 bis 22,50; Sommergerste 18,50; Hafer 15,00 bis 15,50; Weizenmehl südd. Spezial 0 mit Austauschweizen 36,90 bis 37,90; Sontermehl 35,15 bis 36,15; niederrhein. 36,90 bis 37,65; bzm. 35,15 bis 35,90; Roggenmehl 31 bis 32; Weizenklein fein 8,65; Roggenklein 9 bis 9,25 Mark alles per 100 kg. Tendenz ruhig.

Karlsruher Börse.

Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Gegenüber der Festigkeit der Vormwoche ist die Tendenz heute erwartender geworden. Die Umsätze beschränkten sich nach wie vor auf den nötigen Bedarf. Südd. Weizen 25,00 bis 25,75; Roggen 22,75 bis 23,00; Sommergerste 18,75 bis 19,75; Futter- und Sortiergerste 17,50 bis 18,50; Hafer 14,50 bis 15,00; Malzmais 17,75 bis 18,00; Weizenmehl südd. 35,90; mit Auslandsmehl 37,65; Roggenmehl 31,50 bis 32,00; Weizenbrotmehl 10,00 bis 10,25; Weizenklein fein 8,75 bis 9,00; grob 9,50 bis 9,75; Bierreber 12,25 bis 12,75; Trodenstehl 6,75 bis 7,00; Malzkeime 11,50 bis 12,25; Erbsenfuchsen 13,50 bis 13,75; Rostfuchsen 12,50; Sojaöl 1,00 bis 1,125; Leintuch 13,50 bis 14,25; Speisefarinfuchsen gef. und weisf. 6,00 bis 6,50. Rohfuttermittel: Weizenheu 5,50 bis 5,90; Luzerne 6,00 bis 6,25; Stroh, drähigepreßt 4,20 bis 4,40 Mark alles per 100 kg.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe von Steuererklärungen für die Frühjahrsvoranlage 1932.

Die Steuererklärungen für die Einkommen-, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer sind in der Zeit vom 15. bis einschl. 29. Februar 1932 unter Benützung der vorgeschriebenen Vordrucke abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet sind, erhalten vom Finanzamt einen Vordruck zugesandt. Die durch das Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz und Umsatzsteuergesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vordruck nicht übersandt ist, bleibt unberührt; erforderlichenfalls haben die Pflichtigen Vordrucke vom Finanzamt anzufordern.

Bad Homburg v. d. H., den 3. Februar 1932.

Das Finanzamt.

Fastnachts-Samstag, den 6. Febr. 1932, in sämtlichen Räumen des Schützenhofs:

Großer Sportler-Maskenball

unter dem Motto:

Ist der Dämon noch so groß, beim Sportverein ist immer was los! Saalöffnung 7.11 Uhr. — 2 Kapellen. Eintritt 1.— Mk. inkl. Steuer. Taugen frei. Für alle Speisen u. Getränke zeitgem. Preise. Es ladet alle ein der Homburger Sportverein 05 e. V.

N.B.: Kartenvorverkauf im Vereinslokal „Stadt Kassel“.

Winterhilfe-Lotterie

1. Ziehung 17. u. 18. Februar 9. bis 14. März

Lose 1 RM - Doppellose 2 RM

gültig für beide Ziehungen

69122 Gew. u. 2 Prämien i. Gesamtwert v.

625 000!

derunter

Höchstgewinn auf 1 Doppellose i. W. von

200 000!

Höchstgewinn auf 1 Einzellose i. W. von

100 000!

2 Hauptgew. i. W. v. je

60 000!

2 Prämien i. W. v. je

40 000!

4 Hauptgew. i. W. v. je

20 000!

4 Hauptgew. i. W. v. je

10 000!

Für alle Gewinne 90% bar

Porto und 2 Gewinnlisten 50 Pfg.

Glücksbrief mit 5 Losen 5 RM

Glücksbrief mit 3 Doppellosen 10 RM

in allen durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen und durch

Bad Homburger

Neueste Nachrichten

Dorotheenstraße 24.

Neubaumwohnungen in Bad Homburg.

In Einfamilienhäusern 3 Zimmer, Küche, Bad, Garten und sonst. Zubehör Mk. 62.— sofort zu vermieten, oder als Einfamilienhäuser unter sehr günstigen Bedingungen zu verkaufen. Anfragen erbeten an:

Raffaëlisches Heim

Siedlungsbaugesellschaft m. b. H.,

Frankfurt a. M.,

Untermainkai 13.

Vom 2. bis 6. Februar

Zum Kreppelbacken

→ Sonder-Angebot!

Salatöl, helles

ltr. nur 44.-

Zum Füllen:

Apfelgelee pfd. 52.-

Bierfrucht-Marmelade pfd. 40.-

Gemischte Marmelade pfd. 40.-

Gerne empfehlen:

Margarine pfd. 38.-

Cocosfett in Tafeln pfd. 35.-

Schmalz, gar. rein . . . pfd. 48.-

Frühling

Bad Homburg

Quisenstraße 98 Telefon 2861

Quisenstraße 12 Telefon 2792

4% Rabatt!

Das vorzögl. u. prompt wirkende Naturprodukt

NEDA - Fruchtwürfel

gegen Darmträgheit.

NEU ist die maschinelle Verpackung in kaschierter Aluminiumfolie zu 1 und 3 Würfel verpackt, welche ein Austrocknen verhindern, Haltbarkeit und Wirksamkeit erhöhen. Erhältlich in Apotheken, Drogerien und Reformhäusern.

Stellung In Herrschaftshaus und Hotel finden Sie nach gründlich Ausbildung in der

Fachschule für Herrschaft- und Hotelpersonal Bad Godesberg 17

Einziges und größtes Unternehmen Deutschlands.

Männlich. - Prospekt frei. Weiblich.

Filiale Pensum garant. Mk. 1.200 monatl. Bruttoverb. Fabrikwaren

erford. risikolos Mk. 500 bis 3.000, Wohnort gleich. Off. 10050, Ala-Berlin W. 35

Wer sucht einträgliche Existenz?

Tüchtige, geschäftsgew. Herren können durch

übernahme unserer Geschäftsstelle monatl. bis 600 Mk. verdienen. Kein Kundenbesuch! Empfangszimmer erforderlich. Sofort

tägliche Barzahlung. Angebote unt. V. G. 305 an „Ala“ Dörfelstein u. Vogler, Leipzig

Konzertpianistin (Schule Schnabel) sucht

mod. Zimmer in Homburg oder Frankfurt gegen Klavier-Unterricht oder Ensemble. Zuschr. unter Ta. V. 8525 beförd.

Rudolf Woffe, Berlin W 50, Tauentzienstr. 2.

Vertreter

zum Verkauf von

Saatgut

(Kartoffeln, Hafer, Gerste etc.) & Früh-

jahrslieferung, die

bei der Landwirtschaft

schon ab eingeführt

sind, gegen hohe

Provision gesucht.

Zuschriften u. B 70

an Thüringer Land-

band, Erfurt, Zehn-

lib 17.

FRAUEN

nur keine Sorgen!

glücklich — sorgenfrei

können Sie sein, wenn

Sie mein stets bewähr.

unschäd. hyg. Frauen-

artikel gebrauchen. Zahl-

reiche Dankschreiben.

Teilen Sie mir in allen

Fällen vertrauensvoll

Ihre Wünsche mit. —

Diskreter Versand!

Hysanko - Versand,

HANNOVER

Hildesheimer Straße 8

Unzugänglich sind einige Zentner Brennholz

abzugeben. Wo, sagt d. Geschäftst. d. Stg.

Schreibmaschine,

nur wenig gebraucht, billig zu verkaufen.

Wo, sagt die Gesch. dieser Zeitung.

Gedruckte, schöne

3-Zimmer

Wohnung

von ruhig. Mieter

in Bad Homburg

oder nächster Um-

gebung zu mieten

gesucht. — Offerten

mit Mietpreis an

die Gesch. d. Stg.

unter B 600.

Möbl. Zimmer

zu mieten gesucht. —

Offerten unter A. 55

an die Geschäftst.

an die Geschäftst.

dieser Zeitg. erbet.

4-Zimmer-

Wohnung

mit Bad u. Zubeh.

in guter Wohn-

lage sofort od. zum

1. April gesucht. —

Offerten mit A 880

an die Geschäftst.

dieser Zeitg. erbet.

Freundliche, kleine

Wohnung

4 1/2 Zimmer, mit all.

neuzeitlich. Komfort,

in Villa der 1. April

zu vermieten. Monat-

liche Miete Mk. 85.—

Tornholzhäuser,

Güldenbühlweg 12,

Telefon 2127.

4 bis 5-Zimmer-

Wohnung

mit Zubehör sofort

oder später zu mieten

gesucht. Schriftliche

Angeb. befördert die

Geschäftsstelle dieser

Zeitung unter B 250.

Elektromotor,

6 PS, gut erhalten,

billig zu verkaufen.

Wo, sagt die Ge-

schäftst. d. Stg.

Gedenktage.

4. Februar.

- 1802 Friedrich Böttcher, Erfinder des Porzellans, in Schleiz geboren.
1842 Der Literaturhistoriker Georg Brandes in Kopenhagen geboren.
1871 Friedrich Ebert, Präsident des Deutschen Reiches, in Heidelberg geboren.
1921 Der Dichter Karl Hauptmann in Schreiberhau gestorben.
- Sonnenaufgang 7,36 Sonnenuntergang 16,53
Mondaufgang 7,01 Monduntergang 13,58
Prot.: Veronika Rath.: Andreas Corfinus

Die Wirtschaftswoche.

Die „Grüne Woche“ in Berlin. — Von den Genossenschaftsbanken. — Der Siemensabschluß. — Kollage des Einzelhandels. — Die deutsche Wirtschaft und der Ferne Osten.

Alljährlich im Februar hat Berlin seine „Grüne Woche“. Ihr Kernstück ist die große landwirtschaftliche Ausstellung, die dieses Mal unter dem Leitmotiv steht: „Der entscheidende Augenblick — deutsche Ware oder Auslandsware?“. Die Ausstellung zeigt anschaulich, daß die deutsche Landwirtschaft ihre Aufgabe erfüllt hat: sie produziert Qualitätsware, die den ausländischen Erzeugnissen mindestens ebenbürtig, oft überlegen ist. Deutscher Landwirtschaftsrat und Deutsche Landwirtschaft sind mit 15 Marken-Milch- und Markenbutterverbänden, mit mehreren Markentafel-, Markentartoffelverbänden, mit dem deutschen Marken-Ei, dem Markenhonig usw. aufmarschiert. Die Zahl der Markenartikel ist Legion geworden. Ein Wandplakat der Genossenschaften weist auf die Ergebnisse der Umstellung hin. 25 Millionen Doppelzentner Getreide gleich 35 Prozent des Getreideumsatzes (1930), 5,25 Millionen Doppelzentner Kartoffeln, 2 Millionen Stück Schlachttiere, 6 Milliarden Liter Milch gleich etwa 27 Prozent der deutschen Milchproduktion, 510 Millionen Stück Eier (1931) gegen 214 Millionen Stück (1930) sind durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften unter Ausnutzung einiger überflüssiger Zwischenhandelsstellen dem Außenhandel zugeführt worden. Es wird natürlich noch viele Jahre dauern, bis die ausländische Konkurrenz, falls wir sie nicht durch Zollabriegelung möglichst luftdicht abschließen können, durch die Leistungsschlacht der genossenschaftlichen Markenware vom deutschen Markt verdrängt haben werden. Aber der Anfang braucht doch nicht mehr erst durch das Vergrößerungsglas gelocht zu werden. Daß wir den Vorsprung des Auslandes rasch einholen, zeigt die vom Institut für landwirtschaftliche Marktforschung ausgestellte Verpackungsmittelschau und die große Sonderchau: „Deutscher Wald — Deutsches Holz“. Ein Forsthaus und zwei Siedlungshäuser — ein Landarbeiterhaus für 3870 Mark, das wirklich brauchbar und deshalb preiswert ist — zeugen von der Vielseitigkeit des deutschen Holzes, das seinen Vergleich mit der Auslandskonkurrenz zu scheuen braucht. Noch ein Hinweis, den wir der „Grünen Woche“ verdanken: Die Siedlung marschiert, d. h. die Bauernsiedlung. Sie wird billiger, also rentabler. 1930 wurden in Preußen 7477 Siedlerstellen eingerichtet; d. h. jede Woche drei Siedlerdörfer gegründet. Im Jahre 1931 wurden etwa 10 000 Siedlerstellen geschaffen. Im Notjahr 1932 werden 20 000 Siedlerstellen, also fast jeden Tag ein Siedlerdorf gegründet!

In der deutschen Genossenschaftsbewegung sind in letzter Zeit, auch veranlaßt durch die Zusammenbrüche in den verschiedensten Gegenden des Reiches, erhebliche Veränderungen vor sich gegangen, die eine schärfere Konzentration zum Ziele hatten, mit dem Neben Zweck, die Geschäftsgebarung der einzelnen kleineren Genossenschaften etwas stärker kontrollieren zu können.

Das Auge des Rä.

Roman von Edmund Gabor.
Copyright by R. & O. Weller, G. m. b. H., Maastricht.

Sie stand im Laboratorium und machte ihre schematischen Analysen, über die sie Buch führte. Nach vier Wochen war sie so weit über alles im Bilde, daß sie an Vernids Vorschläge herantrat, wie man einiges rationeller gestalten könnte. Vernid rief Oppen herbei und sagte schmunzelnd: „Nun laune mal, Konni! Fräulein von Roth hat durchaus den Ehrgeiz, ihr Gehalt wieder herauszuwirtschaften.“

Ellinors Vorschläge wurden geprüft und zum Teil für annehmbar befunden. Ellinor strahlte, und Vernid wandte sich wieder an Oppen: „Was meinst du, Konni, sehr verehrter Herr Kompanion, wollen wir das Gehalt dieser Dame unter Würdigung ihrer Verdienste nicht um 25 Rentenmark hinaufsetzen?“

„Ohne Frage, Dolf.“
Aber Ellinor protestierte, sie könne nicht verlangen, daß nach so kurzer Zeit . . . und sie habe doch freie Wohnung —

Aber Vernid machte ein strenges Gesicht. „Vertrödeln Sie Ihre Arbeitszeit nicht mit unnützen Reden, sonst sind Sie fristlos entlassen. Hier haben Sie ein halbes Pfund Aluminiumspäne von der lieben Konkurrenz. Analysieren Sie die mal, damit wir sehen, was unsere Bettern liefern.“

Und Ellinor ging an ihre Arbeit.
„Na, Konni,“ sagte Vernid blinzelnd, als sie wieder hinausgingen in die Gießerei, „das ist 'n blendendes Mädchen, was?“

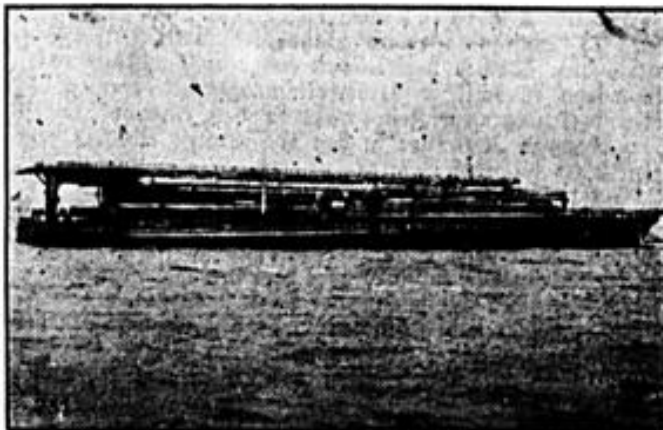
Oppen sah den Freund misstrauisch von der Seite an, da er aber in dessen Gesicht nichts merkte, was zu Miß-

So haben sich die drei größten hannoverschen Genossenschaftsbanken unter Führung der Breukensasse zu einer „Vereinsbank Hannover“ zusammengeschlossen, in Essen bereiten sich ähnliche Zusammenschlüsse vor und auch in Süddeutschland werden die Verhältnisse in allernächster Zeit zu einer stärkeren Zusammenschlußbewegung im Genossenschaftswesen führen. Man hat eben erkannt, daß die vielen kleinen Banken, selbst bei ausreichender Leitung, den tatsächlichen Notwendigkeiten des Wirtschaftslebens und der auf sie angewiesenen Kreise nicht immer voll gewachsen sind und daß sich demgemäß der Zusammenschluß gleichgearteter Institute nur günstig auswirken kann.

Als einer der ersten unserer elektrotechnischen Großfirmen liegt der Abschluß von Siemens und Halske vor, der „nur“ eine Dividendenreduktion von fünf Prozent von 14 Prozent im vergangenen Jahre auf neun Prozent in diesem Jahre bringt. Wenn man auch berücksichtigt, daß die Leitung dieses Großkonzerns in diesem Jahre auf Rückstellungen in gewohntem Maße verzichtet hat, daß also nicht soviel Abschreibungen wie früher erfolgt sind, so ergibt sich doch andererseits auch die Tatsache, daß die Geschäftsentwicklung in der elektrotechnischen Großindustrie im vergangenen Jahre keineswegs ganz schlecht gewesen ist.

Sehr schlecht geht es aber nun tatsächlich dem Einzelhandel. Die genauen statistischen Unterlagen der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels beweisen mit erschreckender Deutlichkeit, wie scharf die Umsätze zurückgehen und daß demgemäß, wenn nicht ein wirtschaftlicher Aufschwung eintritt, noch mehr Einzelhandelsgeschäfte der Krise zum Opfer fallen werden. Allerdings ist dabei auch in Rechnung zu stellen, daß wir heute weit weniger Käufer, aber weit mehr Einzelhandelsgeschäfte als vor dem Kriege haben.

Zum Schluß noch einen flüchtigen Blick nach Ostasien. Die deutsche Wirtschaft ist an der Entwicklung der Dinge im Fernen Osten stark interessiert, denn beide Länder, sowohl Japan wie China kommen als Abnehmer für Deutschlands Produkte in Frage. Das beweisen die Ausfuhrzahlen, die im ersten Halbjahr 1931 für China rund 70 Millionen und für Japan in den ersten neun Monaten 1931 weit über 110 Millionen betrugen. Das sind ganz respektable Ziffern, besonders dann, wenn man überlegt, daß insbesondere das Japangeschäft devisenpolitisch für die Reichsbank eine erhebliche Rolle spielt, denn der japanische Yen steht als Valuta dem amerikanischen Dollar nicht sehr viel nach. Sehr große deutsche Industrien exportieren nach China und Japan, man braucht nur an die Textilindustrie, den Maschinenbau und die elektrotechnische Massenfäbritation zu erinnern, die alljährlich für viele Millionen Waren nach Ostasien schicken.



Flugzeugmutterkiff „Raga“ vor Schanghai.
Bei dem Kampf der japanischen Marinetruppen und Flugzeuggeschwader gegen Schanghai wirkt auch das 22 900 Tonnen große Flugzeugmutterkiff „Raga“ mit, auf dessen Deck mehrere Flugzeuggeschwader starten und landen können.

Gebt für die Winterhilfe!

trauen Veranlassung geben konnte, bestätigte er, daß Fräulein von Roth tatsächlich ein blendendes Mädchen sei. „Und der größte Vorteil ist,“ fuhr Vernid fort, „daß sie aufgeräumt hat mit ihrer dumpfsinnigen Schulterei. Es ist ordentlich hell hier geworden, seit sie bei uns ist, nicht wahr? Man freut sich, wenn man das Mädel sieht, und die Leute freuen sich auch. Bloß du freust dich nicht, Konni, was?“

„Wieso? Wie kommst du darauf?“

„Du machst ein Gesicht wie sieben Tage Regenwetter.“

„Irrtum, mein lieber Dolf, Irrtum. Ich habe nur daran gedacht, daß es doch sehr vorteilhaft wäre, wenn man sich solche Arbeitskraft erhalten könnte . . .“

„Solche Arbeitskraft und gleichzeitig solch hübsches Mädchen, hm?“

„Meinetwegen auch das.“

Vernid kniff die Augen zusammen und sagte: „Alter Schwede!“

Ein Arbeiter trat zu ihnen und fragte, ob man nun endlich die Zylinder in Arbeit nehmen könne.

„Gut“, sagte Vernid, „holen Sie die Zeichnung, wir wollen das Modell noch einmal kontrollieren.“

Der Mann ging und brachte von Fräulein von Roth die Zeichnung, daß das fremde Material viel fink enthalte, und auch Spuren von Eisen seien vorhanden.

Oppen hatte sich in den letzten Wochen wenig oder gar nicht um den Betrieb kümmern können. Er hatte im Hinblick auf die Flugzeugkonstruktion alte Beziehungen wieder aufnehmen versucht. Er war acht Tage lang in London gewesen und hatte, mit einer Empfehlung versehen, eine englische Fabrik, die in letzter Zeit viel von sich reden gemacht hatte, befragt. An französische Firmen war natürlich nicht heranzukommen; die deutschen empfingen ihn zwar sehr höflich, aber ihre Informatio-

Die Millionenstädte der Erde.

Von Städten mit mehr als 1 Million Einwohnern gibt es auf der Erde jetzt 34. Die Deutsche Beamtenschaft-Korrespondenz zählt nach den Angaben aus dem Jahre 1927 und 1928 folgende Städte auf: Europa hat 12 Millionenstädte und zwar: London mit 7,8 Millionen, Berlin mit 4,1, Paris mit 3,1, Moskau mit 2,1, Wien mit 1,8, Leningrad mit 1,6, Budapest mit 1,2, Glasgow mit 1,1, Hamburg mit 1,1, Warschau mit 1,08, Neapel mit 1,05 und Birmingham mit 1,02 Millionen.

In Amerika gibt es 10 Millionenstädte, nämlich: New York mit 6,1, Chicago mit 3,2, Philadelphia mit 2,1, Detroit mit 1,4, Los Angeles mit 1,2, Cleveland mit 1,1, Boston mit 1,1, St. Louis mit 1,1, Buenos Aires mit 2,1 und Rio de Janeiro mit 1,7 Millionen. — Auf Asien entfallen 9 Millionenstädte: Osaka mit 2,2, Tokio mit 1,5, Shanghai mit 1,5, Hankow mit 1,4, Calcutta mit 1,3, Bombay mit 1,2, Peking mit 1,2, Canton mit 1,1 und Hangschau mit einer Million. — Australien weist 2 Millionenstädte auf: Sydney mit 1,2 und Melbourne mit 1,1 Million Einwohnern. — Afrika hat nur 1 Millionenstadt, nämlich: Kairo mit 1,5 Millionen Einwohnern. — Die vollreichste Stadt der Erde ist demnach London, an zweiter Stelle New York, an dritter Stelle steht Berlin.

Bunte Chronik.

Das künstliche Herz hergestellt.

Der in der Wissenschaft durch seine Versuche zur drahtlosen Übertragung der Herzschläge bereits bekannte Dr. Leo Jacobsohn führte in der Berliner Medizinischen Gesellschaft ein von ihm konstruiertes künstliches Herz vor, mit dem alle Herzschläge und Herzgeräusche wiedergegeben werden können. Dr. Jacobsohn hat sie in ihren Schwingungselementen theoretisch errechnet und wie beim Tonfilm die Schallwellen graphisch in seinen Strichen ausgedrückt, wobei die Schwierigkeit darin bestand, die Stärke und den Abstand der Striche genau auszurechnen. Das künstliche Herz soll dem medizinischen Unterricht und der ärztlichen Fortbildung dienen, indem es dem Arzt gestattet, auch die schwierigsten Herzgeräusche an den künstlich gewonnenen Hörbildern zu studieren.

Eine zeitgemäße Lesefest.

Am 5. Dezember 1811 schrieb Jerome, König von Westfalen, an seinen Bruder Napoleon: „Falls Krieg ausbricht, werden alle Länder zwischen Rhein und Oder Schauplatz einer umfassenden tatkräftigen Erhebung sein. Der Hauptgrund dieser gefährlichen Bewegung ist nicht allein der Haß gegen die Franzosen und die Verbitterung über das fremde Joch, er liegt viel eher in den unglücklichen Verhältnissen der Zeit, im totalen Ruin aller Klassen, in der Ueberbürdung mit Besteuerungen, in Kriegsabgaben, Heeresunterhalt, Truppenbeschäftigung und dauernd wiederholten Plagerien jeder Art. In Hannover, Magdeburg und den wichtigsten Städten meines Königreichs verlassen die Besitzer ihre Häuser und versuchen vergeblich, diese auch nur um den schäblichsten Preis loszuschlagen. Überall drückt das Elend die Familien. Die Kapitalien sind erschöpft; der Adlige, der Bauer, der Bürger steden in Schulden und Mangel. Die Verzweiflung der Völker, die nichts mehr zu verlieren haben, weil man ihnen alles genommen hat, ist zu fürchten.“ 1811 — 1932!

Der Musifidennunziant.

So etwas gibt es auch, einen Musifidennunziant. Tonseherorganisationen stellen allenthalben Leute an, die weiter nichts zu tun haben, als Konzerte ihres Bezirks abzuhören. Die gespielten Musikkstücke werden dann an die Verbandszentrale gemeldet, die rüchichtslos, oft mit Hilfe der Gerichte, die von ihr festgesetzten Tantiemen einzieht. Solche Musifidennunzianten haben sogar Kraftwagen, mit denen sie ihre Bezirke bereisen. Bei Vereinsaufführungen, Standmusiken, Kirchenkonzerten, Volksfesten, Kirchweihen, überall sind die Forscher vertreten. Die betreffenden Vereine wissen nur selten, wem sie die Unannehmlichkeiten zu verdanken haben, oft sind es sogar Bekannte der Veranstalter, ohne daß die Vereine es wissen. Wenn auch das Bestreben der Komponisten auf Erhaltung des Lohns für ihre Arbeit anerkannt werden muß, so ist doch die Art und Weise, mit der die Aufführungen beknüppelt werden, unsympathisch. Mit dem nicht billigen Erwerb des Notenmaterials mühte in den meisten Fällen die Verpflichtung der Musikausschüsse abgeköpft sein.

nen, wie er sie sich wünschte, konnte er nirgends erhalten. Vom Kriege waren ihm zahlreiche Leute der Flugindustrie wohl bekannt, aber alle schienen jetzt misstrauisch aufeinander zu sein. Der amerikanische Wettbewerb, von dem man sich großes versprochen, riet zur Vorsicht. Oppen sah ein, daß es notwendig war, eigene Pläne zu verwirklichen, selbst auf die Gefahr hin, mit Experimenten Zeit zu verlieren. Inzwischen waren die genauen Bedingungen und Vorschriften Mac Garrons durch die Fachzeitschriften veröffentlicht worden, und die Arbeit konnte beginnen. Die Zahl der Anmeldungen zu dem Wettbewerb vergrößerte sich von Woche zu Woche, und Oppen beschloß, um Beispielen aus dem Wege zu gehen, seine eigene Anmeldung erst kurz vor Ablauf des Termins aufzugeben.

Die letzten Versuche, die Vernid und Oppen mit dem Leichtmetall angestellt hatten, waren vollkommen zur Zufriedenheit ausgefallen, so daß in dieser Hinsicht nichts zu befürchten war, und der Rest der Arbeit fiel nun an Oppen. Es gelang ihm, einen früheren Bekannten, den Ingenieur Alfred Thalmann, der während und nach der Kriegszeit den Flugzeugbau vieler größerer Firmen geleitet hatte, für sich zu gewinnen. Ein großes Gelände in Röhndin wurde für die ersten Versuchsflüge gepachtet, und Oppen begann gemeinsam mit Vernid und Thalmann die vorbereitenden Arbeiten.

Anfänglich waren die Pläne vor Ellinor verheimlicht worden, aber als Vernid ihrer vollkommen sicher war, gab er ihr eines Abends ein Bruchstück des Leichtmetalls in die Hand und fragte:

„Was ist das, Fräulein von Roth?“

(Fortsetzung folgt.)

Aus Nah und Fern

Von einem Kohlenwagen erdrückt.

Frankfurt a. M. Ein 53-jähriger Beifahrer aus Sindlingen wollte am Kohlenplatz der G. Farben in Höchst einen Anhängerwagen von einem Motowagen abkoppeln. Der Führer des Motowagens war der Meinung, daß der Wagen bereits abgehängt sei und fuhr an. Der Beifahrer, der sich zwischen den beiden Wagen befand, wurde von dem Anhänger erfasst und erdrückt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Frankfurt a. M. (Salaban-Zweimarkstücke in Frankfurt a. M.) Es steht nunmehr fest, daß die hier im Verkehr angehaltenen falschen Zweimarkstücke von dem in Berlin verhafteten Fälschmüller Salaban hergestellt sind. Die ersten Fälschstücke kamen im Mai 1930 nach Frankfurt. Es wäre irrig, anzunehmen, daß die falschen Zweimarkstücke erst hier in den Verkehr gebracht worden sind, sie haben vielmehr im Zahlungsverkehr den Weg nach Frankfurt gefunden. In der letzten Zeit wurden etwa 14 bis 15 dieser falschen Zweimarkstücke monatlich angehalten und eingezogen.

Frankfurt a. M. (Gefährliches Spielzeug.) Ein 13-jähriger Junge spielte mit Pechstein und Siegellack. Plötzlich fing das Papier an zu brennen. Als der Junge das Papier vom zweiten Stock zum Fenster hinauswarf, wurde es vom Luftzug in ein offenes Fenster des ersten Stockwerkes getrieben, wo es die Gardinen und das Rolladengehäuse in Brand setzte.

Frankfurt a. M. (Brillanten auf der Straße.) Vor einigen Tagen wurde von einem Passanten ein Brillant von hohem Wert auf der Straße gefunden und bei der Polizei abgeliefert. Bei einem Siftieren wurde ein Brillantring gefunden und beschlagnahmt. Diesen Ring will er angeblich auf der Straße gefunden haben. Offenbar stammt er aber aus einem Diebstahl. Beide Ringe können an Zimmer 412 des Polizeipräsidiums abgegeben werden.

Hannau. (Sprengstoffanschlag.) Nachts gegen 1 Uhr explodierte auf der Straße zwischen dem Niederrodenbacher Weg und Wolfgang ein an einem Baum aufgehängter Sprengstoffkörper in dem Augenblick, als ein Förster des dortigen Reviers auf seinem Rade vorbeifuhr. Der Förster wurde durch den Luftdruck zur Seite geschleudert, aber nur ganz leicht verletzt. Anscheinend handelt es sich um einen Einschüchterungsversuch, da der Sprengkörper nicht an der Straßenseite, sondern an der Waldseite angebracht war.

Wiesbaden. (Eigenartiger Tod bei einem Wirtschaftsstreit.) In einer hiesigen Wirtschaft gerieten zwei Pokschaffner mit dem Wirt wegen der Bezahlung in Differenzen. Der Wirt und ein Bediensteter wollten die beiden Gäste aus dem Lokal entfernen. Hierbei stürzte einer der Pokschaffner zu Boden. Im Krankenhaus eingeliefert konnte der Arzt nur noch den Tod des Mannes feststellen. Die genaue Todesursache steht noch nicht fest.

Wiesbaden. (Ein Tierquäler.) Von dem hier vor längerer Zeit gasstierenden Zirkus Gleich erstand der hiesige Photograph Karl Kurzrod zwei Ponys und zwei Fohlen, zu photographischen Aufnahmen und zur Kinderbelustigung. Bald befanden sich die Tiere aber in einem jämmerlichen Zustand, geradezu ständelnden Zustände, so daß das Publikum Anstoß daran nahm und schließlich der Tierkühnperein einschritt. Wegen Tierquälerei verurteilte der Einzelrichter den Kurzrod zu einer Haftstrafe von vier Wochen.

Enderscheid. (Neue Brandstiftung.) Obwohl von den Bewohnern des Ortes eine Brandwache eingerichtet worden war, um endlich den Brandstiftern auf die Spur zu kommen, konnte nicht verhindert werden, daß jetzt eine Scheune des Baumbachschen Gutes ein Raub der Flammen wurde. Die Brandstifter müssen die Zeit ausgenutzt haben, ehe der Patrouillendienst in Tätigkeit war. Zum Glück war die Scheune nur mit einer geringen Menge Stroh gefüllt. Auch in diesem Fall hat man von den Brandstiftern keine Spur entdecken können. Der Regierungspräsident hat nunmehr eine Belohnung von 1000 Mark für die Ermittlung der Täter ausgesetzt.

Wega. (Todessturz von der Leiter.) Der 52-jährige Kolonnenführer Karl Schaumburg wollte eine Störung an der Lichtleitung beseitigen und benutzte dazu eine große Leiter, die er an die Hauswand anlehnte. Schaumburg stürzte plötzlich rücklings ab und zog sich einen Bruch der Wirbelsäule zu. Er starb kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus.

Kassel. (Arbeitsloser läßt sich vom Zug überfahren.) Der Sohn eines pensionierten Eisenbahners warf sich in Dransfeld in selbstmörderischer Absicht vor einen Zug. Er wurde von der Lokomotive zur Seite geschleudert und schwer verletzt. Der Grund zur Tat soll in langjähriger Arbeitslosigkeit zu suchen sein.

Todesopfer einer Unfälle.

Pfungstadt. Auf der Chaussee Pfungstadt-Bickenbach wurde der neunjährige Schüler Wilhelm Diehl aus Pfungstadt beim hinaufklettern auf den Anhänger eines Lastkraftwagens überfahren und auf der Stelle getötet. Das Hinterrad des Wagens ging dem Jungen über den Kopf und zerstückte ihn vollständig. Da der Fahrer Diehl und zwei weitere Jungen vor dem hinaufklettern verwahrt hatte, trifft ihn keine Schuld. Der Fahrer, der ein Freund des Vaters des Getöteten ist, wurde sofort freigelassen und die Leiche ebenfalls zur Beerdigung freigegeben.

Darmstadt. (Gefährliche Schieberei.) Aus einem Chorhaus in der Dieburgerstraße fiel ein scharfer Schuß in Richtung der gegenüberliegenden Autodroschen. Ein die Straße passierender Kriminalbeamter stellte sofort fest, daß der Schuß von einem Studenten aus einer Armee-pistole abgegeben worden war. Der Student entschuldigte sich damit, daß der Schuß nur durch Hantieren an der Waffe losgegangen sei. Die bereits versteckte Waffe und ein mit acht Patronen gefüllter Ledertaschen wurde beschlagnahmt. Durch das Geschloß, das übrigens oberhalb des linken Kofflügels in die Autodrosche eindrang, hätte sehr leicht ein Mensch schwer verletzt oder gar getötet werden können.

Koblenz. (Eine Hand abgerissen.) In der Nähe des Dorfes Wallersheim ereignete sich auf einem Anhänger ein schwerer Unfall. Ein 21-jähriger Matrose aus Homberg am Niederrhein kam mit der Hand in die Ankerleiste. Die Hand gab plötzlich nach und riß dem Bedauernswerten die rechte Hand ab. Sofort legte der Dampfer an, und der Schwerverletzte wurde ins Krankenhaus geschafft. Trotz des großen Blutverlustes besteht keine Lebensgefahr.

St. Goarshausen. (Schwere Unfälle durch schenende Pferde.) In dem Taunusort Miehlen kam ein Knecht, dessen Pferde plötzlich durchgingen, als er den Wagen bremsen wollte, zu Fall. Ein Hinterrad ging dem Bedauernswerten über den Kopf. Mit lebensgefährlichen Verletzungen mußte er ins Krankenhaus geschafft werden. — Auf der Fahrt von Seelbach nach Altenhausen gingen zwei Fuhrwerksbesitzer die Pferde durch. Die beiden Fuhrleute versuchten sich zu retten. Einer von ihnen wurde beim Sprung vom Wagen von einem Rad erfasst und zu Boden geschleudert. Die Räder gingen dem Bedauernswerten über die Beine und verletzten ihn schwer. Der andere Fuhrmann trug leichtere Hautabschürfungen davon.

Wietzenfeld. (Neugeborenes in den Waschküchen-Ofen gesteckt.) Im Ofen der Waschküche eines Hausbesizers fand man die Überreste einer verbrannten Leiche. Die Ermittlungen ergaben, daß eine aus Schweich a. d. Mosel stammende Hausgehilfin heimlich ein lebendes Kind zur Welt brachte und dann beseitigt hat.

Trier. (Zunehmender Schmuggel im Trierer Bezirk.) In letzter Zeit hat man eine starke Zunahme des Schmuggels an der Grenze des Trierer Bezirks festgestellt. Beamte des Zollkommissariats Losheim konnten wieder einen guten Fang machen. Sie überraschten auf einem Schleichwege eine aus drei Personen bestehende Schmugglerbande, die nicht weniger als 200 Pakete Rauchtabak mit sich führte. An der Saargrenze wurde ein Schmuggler mit 100 Paketen Tabak gefasst. In Weiskirchen gelang es einem von einem Landjäger angehaltenen Schmuggler zu flüchten. Er mußte allerdings seinen mit Schmuggelware gefüllten Kuckuck, in dem sich u. a. 50 Pakete Tabak befanden, zurücklassen. Bei Dhenhausen wurden drei Personen des Schmuggels überführt. Eine Schmuggelpartie von 150 Paketen Tabak hatten sie bereits abgesetzt.

Trier. (Vom eigenen Fuhrwerk überfahren.) Auf tragische Weise kam ein 70-jähriger Landwirt aus Ehrang beim Holzabfahren im Ehranger Wald zu Tode. Der alte, aber noch rüstige Landwirt hatte mit seinem Schwiegerjohn Holz geladen. Auf dem Heimwege versagte an einer abschüssigen Stelle plötzlich die Wagenbremse, so daß der Wagen in schnelle Fahrt kam. Der alte Mann wollte nichts unversucht lassen, um den Wagen aufzuhalten, stolperte aber plötzlich und geriet unter den Wagen, dessen Räder ihm über Brust und Beine gingen. Der Bedauernswerte erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurze Zeit darauf starb.

Saarbrücken. (Einbruch in eine Stationstasse.) Auf die Stationstasse des Bahnhofes Wustweiler, die erst vor einigen Wochen von Dieben ausgeraubt worden war, ist ein neuer räuberischer Überfall ausgeführt worden. In einer verkehrsarmen Zeit, während der Bahnhof unbefestigt war, drangen Einbrecher in den Kassenraum ein und erbeuteten 2500 Franken.

Röln. (Dreister Geschäftseinbruch.) Bisher noch unbekannte Täter unternahmen einen dreifachen Einbruch in ein Goldwarengeschäft am Barbarossaplatz. Die Diebe hatten sich Zugang zu einer über dem Geschäft liegenden, zurzeit freistehenden Wohnung verschafft, bohrten in den Fußboden ein Loch und gelangten so in den Geschäftsräum des Goldwarengeschäftes. Schmuckgegenstände im Werte von 4000 Mark waren ihre Beute. Von den Einbrechern fehlt bisher noch jede Spur.

Röln. (Springt nicht auf fahrende Züge.) Ein 27-jähriges Mädchen versuchte auf dem Bahnsteig Röln-Mülheim auf den vorbeifahrenden Wagen eines in Richtung Düsseldorf fahrenden Eizuges zu springen. Unglücklicherweise kam es hierbei zu Fall und blieb zwischen Gleis und Bahnsteig liegen. Mit erheblichen Verletzungen am Unterschenkel und Fuß mußte die Bedauernswerte dem städtischen Krankenhaus in Röln-Mülheim zugeführt werden.

Röln. (30 000 Mark unterschlagen.) Die Röln-er Kriminalpolizei nahm einen Kassierer fest, der bei einer heimlichen Fabrik in Röln Unterschlagungen in Höhe von mehreren tausend Mark begangen hatte. Während die Firma selbst bisher einen Fehlbetrag von 8500 Mark feststellte, gab der verhaftete Kassierer bei der Vernehmung an, daß er etwa 30 000 Mark veruntrent habe. Die unterschlagenen Gelder hat er auf Vergnügungsfahrten mit Frauenspersonen ausgegeben.

Darmstadt. (Zuchthaus wegen jahrelängiger Tötung.) Der mehrfach vorbestrafte J. Rahner aus Biebrich wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen jahrelängiger Tötung zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt. Rahner, der Mitglied jener großen Diebesbande war, die durch ihre Viehdiebstähle seinerzeit das rhein-mainische Gebiet unsicher gemacht hatte und die vor einigen Monaten vom Frankfurter Gericht abgeurteilt worden war, hatte im vorigen Jahre mit seinem Lastkraftwagen bei Arheilgen einen Schreinerlehrling überfahren, so daß dessen Tod sofort eintrat. Man fand die Leiche zwischen Kühler und Kotflügel eingeklemmt.

Offenbach a. M. (Zu der Mordache Kreuzer.) Den Angehörigen des vor einiger Zeit ermordeten Fräulein Kreuzer wurde jetzt von der Kriminalpolizei der Nachlaß der Toten ausgehändigt. Dabei wurde festgestellt, daß eine Damenackertasche, die noch gut erhalten war, fehlte. Diese Tasche pflegte Fräulein Kreuzer stets mit sich zu führen. In der Tasche waren zwei kleine Geldbörsen und eine Brief-tasche von brauner Farbe, die Papiergeld enthielt. Außer diesen Gegenständen werden noch zwei Vergrößerungs-gläser vermist, die gleichfalls stets in der Tasche lagen. All diese Gegenstände sind bestimmt von dem Täter in Genossen worden. Die Kriminalpolizei bittet Personen, die Auskunft über diese Sachen geben können, sich zu melden.

Rüsselsheim. (Zwangsversteigerung gestört.) Kommunisten aus Rüsselsheim und Flörsheim versuchten eine vom Amtsgericht Groß-Gerau im hiesigen Rathausaal anberaumte Zwangsversteigerung von zwei Wohnhäusern zu sprengen. Anonyme Plakate und Flugblätter hatten vorher schon zur Sprengung der Versteigerung aufgefordert und evtl. Bieter beschimpft, sowie ihnen das Anzünden ihrer Häuser angedroht. Bei der Versteigerung machten verschiedene Kommunisten gegen die Bieter

befeldigende Zurufe, so daß die Gendarmen eingreifen mußten, unter deren Schutz dann die Amtshandlung zu Ende geführt wurde. Die Täter werden sich noch vor Gericht zu verantworten haben.

Mainz. (Nationalsozialistischer Redner verhaftet.) Hier fand eine vom Landesverband Hessen für Handel, Handwerk und Gewerbe einberufene öffentliche Versammlung statt, in der auch der der NSDAP. angehörende Metzgermeister Müller aus Mainz sprach. Als der Redner abfällige Äußerungen über Regierungsmitglieder machte und erklärte, durch die Weimarer Verfassung sei der Abschaum der Menschheit und Verbrecher Staatspräsidenten und Minister geworden, wurde er von dem Kriminalpolizisten verhaftet und die Versammlung aufgelöst. Müller wurde dem Schnellrichter vorgeführt und wegen Vergehens gegen den Paragraphen 5 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Müller nahm die Strafe nicht an, sondern erklärte, Berufung einlegen zu wollen.

Mainz. (Zuchthaus für Verleitung zum Meineid.) Das Schwurgericht verurteilte den Landwirt Jakob Emrich aus Blainig wegen Anstiftung zum Meineid in zwei Fällen zu fünf Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Emrich hatte in einem gegen ihn wegen Autounfalls eingeleiteten Prozesses seinen Dienstknecht und eine bekannte Frau zu falschen Aussagen verleitet. Der Knecht wurde bereits im Oktober v. Js. wegen seiner falschen Aussage zu zweieinviertel Jahren Zuchthaus verurteilt.

Neues aus aller Welt.

Dreifaches Todesurteil. Das Schwurgericht Weiden (Oberpfalz) verurteilte den 35-jährigen Dienstknecht Fritz Schieder dreimal zum Tode. Schieder hatte seinen Bruder, den Gastwirt Schleber, dessen Ehefrau und deren einjähriges altes Kind durch Beiliebe ermordet.

Drei Tote bei einem Autounfall. Zwischen Dattenfeld (Sieg) und Hoppengarten ereignete sich ein Autounfall, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen. Der Lieferwagen der Firma Allg. Brennstoff-Handels-Gesellschaft in Bonn stürzte — wahrscheinlich infolge eines Reifenplatzens — eine drei Meter hohe Böschung ab und geriet in Flammen. Der Wagenführer und seine Frau sowie ein fünf-jähriges Kind waren sofort tot, während ein weiteres Kind mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Feuerwehr war in kurzer Zeit zur Stelle und sperrte das Gelände um die Unglücksstätte ab, da man mit Brennstoffexplosionen rechnete.

Devisenschmugglerinnen gefaßt. Der Aachener Zollbehörde waren aus Berlin zwei Frauen, die den H.D.-Zug Berlin-Paris benutzten, gefangen worden, von denen man vermutete, daß sie Devisen ohne Genehmigung ausführen wollten. Beim Einlaufen des fraglichen Zuges in Aachen nahm die Zollbehörde eine strenge Kontrolle bei den beiden Frauen vor und fand tatsächlich bei einer von ihnen hundert englische Pfund in roten, die der Beschlagnahme verfielen. Außerdem wurde gegen die Frau Strafantrag erstattet.

Unterschlagungen eines Rechtsanwalts. Auf Grund einer Anzeige hat die Düsseldorf-er Staatsanwaltschaft gegen den Rechtsanwalt Heinrich Wittig ein Verfahren wegen Untreue eingeleitet. Dr. Wittig war zum Konkursverwalter der in Konkurs gegangenen Beseidigungsfirma Deßauer u. Co. bestellt worden. Vor einiger Zeit wurde er plötzlich abgelöst und zu seinem Nachfolger ein anderer Rechtsanwalt bestimmt. Dr. Wittig soll etwa 10 000 Mark der verwalteten Konkursgelder unterschlagen haben.

Ein 62-jähriger Referendar. Am Gericht in Röln ist wohl der älteste deutsche Referendar beschäftigt. Es ist der 62-jährige Oberstadtsinspektor a. D. Dr. Terloth. Er trat seinerzeit als Militäranwärter in die Dienste der Stadt Röln, wo er es bis zum Oberinspektor brachte. Neben seinem Dienst bereite er sich aufs Abitur vor, studierte dann Jura und legte, nachdem er sich hatte pensionieren lassen, das Referendarexamen ab. Auch zum Dr. jur. wurde er inzwischen promoviert.

Wegen Totschlags am eigenen Kind verurteilt. Das Berliner Schwurgericht verurteilte den 33 Jahre alten Pianisten Walter Ekmann, der im August vorigen Jahres unter einer Brücke sein zweijähriges Töchterchen erdrosselt hatte, wegen Totschlags unter Zuhilfenahme mildernder Umstände gemäß dem Antrag des Staatsanwalts zu drei Jahren Gefängnis.

Wegen Verrats militärischer Geheimnisse sechs Jahre Zuchthaus. Der Straßenrat beim Kammergericht Berlin verurteilte die tschechoslowakische Staatsangehörige, Fabrikbesitzersehefrau Eugenie Göh aus Neubred (Tschechoslowakei), wegen Verrats gegen Paragraph 3 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse zu sechs Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Das Gericht erkannte auch auf Stellung unter Polizeiaufsicht. 7000 beschlagnahmte Tschechenkronen und 100 Mark wurden dem Deutschen Reich für verfallen erklärt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausschließlich der Presse statt.

Reichungskasse der Besatzung des „M 2“ aufgeklüfft. Im englischen Unterhaus teilte, nach einer Mitteilung von London, der erste Lord der Admiralität mit, daß bei den Nachforschungen nach dem gesunkenen U-Boot die Kasse des Steuermannes des „M 2“ in einem Leinenbeutel sowie der Ragen eines Maaten aufgeklüfft worden sind.

Sieben Flugzeuge mit 20 Personen vermist. Im Gebiet der Vereinigten Staaten werden, wie aus New York gemeldet wird, sieben Flugzeuge mit mehr als 20 Personen an Bord infolge Nebels und Sturmes vermist. Luftpatrouillen, Militärflugzeuge, Automobile und Motorboote sind zur Suche ausgesandt worden. In den Bergen Kaliforniens entdeckte man die verbrannten Reste eines abgestürzten Flugzeuges. Von den übrigen sechs Flugzeugen hat man bisher noch nichts gefunden.

46 Tote beim Aufstand in Ecuador. Wie aus Quayaquil in Ecuador gemeldet wird, ist es zwischen Regierungstruppen und Aufständischen in der Provinz Caachi zu einem Kampf gekommen. Die Aufständischen hatten 41 und die Regierungstruppen 5 Tote zu verzeichnen. Außerdem blieben viele Verwundete auf dem Kampffeld. Der vorläufige Präsident Moreno hat vom Staatsrat Sondervoll-machten zur Unterdrückung des Aufstandes erhalten. Man befürchtet, daß die Bewegung um sich greifen wird. In der Hauptstadt ist bisher noch alles ruhig.